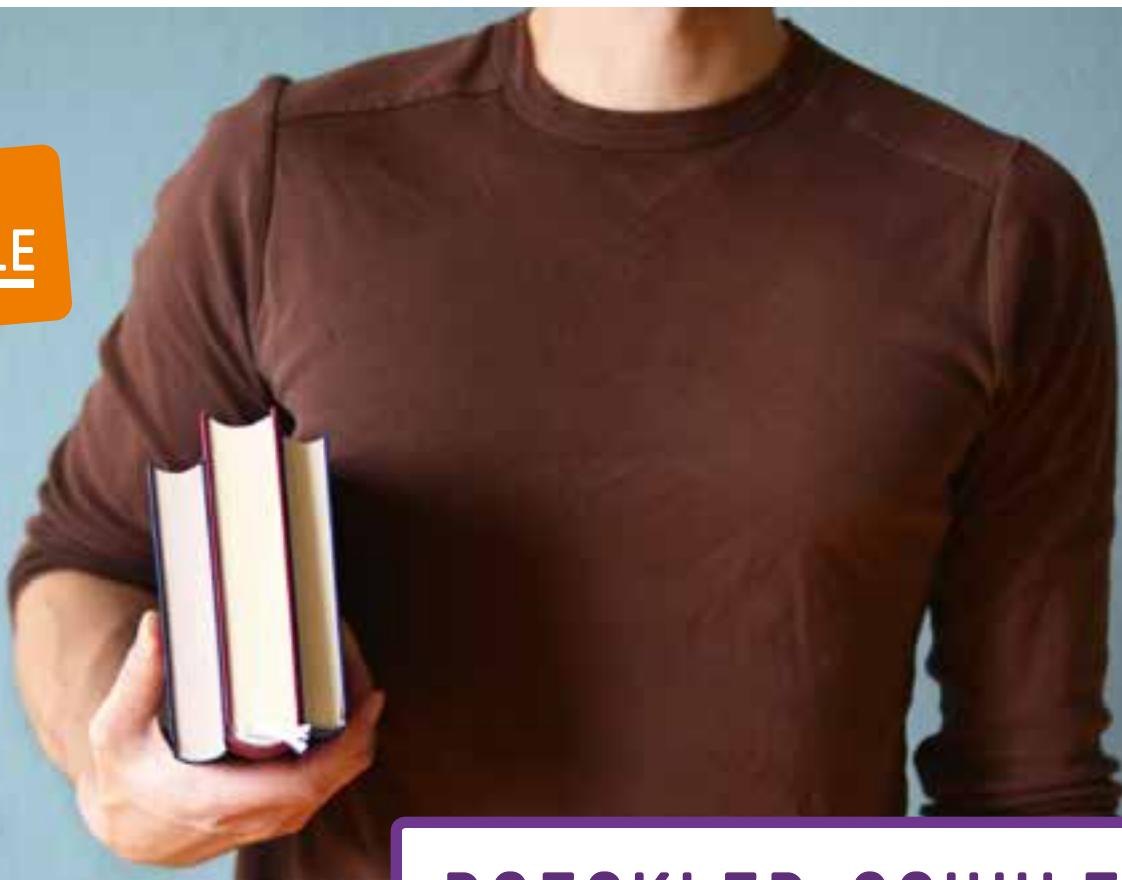


MITBESTIMMUNG

DAS MAGAZIN DER HANS-BÖCKLER-STIFTUNG





BOECKLER-SCHULE.DE

MATERIALIEN FÜR EINEN GUTEN UNTERRICHT

Fachlich geprüftes Lehrmaterial ab Klasse 9

Die Unterrichtseinheiten bieten jeweils Lernstoff für zwei bis drei Doppelstunden zu Themen wie Mindestlohn, Tarifvertrag, Rente und Mitbestimmung. Die Themenhefte sind komplette Unterrichtsreihen zu den Themen Globalisierung und Mitbestimmung. Außerdem gibt es ein Arbeitsheft zur Gründung einer Schülerfirma. Printexemplare sind kostenlos bestellbar.



LIEBE LESER*INNEN,

2024 ist mit einem Paukenschlag gestartet: Millionen Menschen demonstrieren in Stadt und Land für die Demokratie.

Das macht Mut! Doch gleichzeitig höre ich seit einiger Zeit, dass Freund*innen, Nachbar*innen und Kolleg*innen Angst haben, weil sie eine andere Hautfarbe haben, weil sie nur „Geduldete“ in Deutschland sind, weil sie queer sind oder weil sie als Gewerkschafter*in im Netz Hass und Hetze erfahren.

Mich bekümmert das sehr. Keine und keiner sollte in einem freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat Angst haben müssen.

Jede und jeder Einzelne kann etwas tun, damit sich das ändert. Indem wir nicht weggucken, wenn andere betroffen sind, oder schweigen, wenn wir selbst betroffen sind. Angst ist Treibstoff für den Faschismus, Solidarität und Offenheit sein Gegengift.

Wir haben in Europa viel dafür getan, Menschen durch Rechte zu schützen. Das EU-Lieferkettengesetz weitet diese Verantwortung nun auch auf die globalen Wirtschaftsbeziehungen aus. Mit dem vorliegenden Heft zeigen wir, welche Bedeutung dies für die Betroffenen haben kann. Bei der Europawahl Anfang Juni wird es daher auch um die Verteidigung unseres Gesellschaftsmodells eines sozialen Europas gehen. Wir hätten viel zu verlieren.

Eine anregende Lektüre wünscht Eure/Ihre

Claudia Bogedan

Claudia Bogedan,
Geschäftsführerin

claudia-bogedan@boeckler.de

Mein Lesetipp

„Demokratisch, praktisch, und gut für alle“, Seite 30ff., weil ich aus eigenem Erleben weiß, dass noch viel zu tun ist, um Schulen zum Lernort für Demokratie zu machen.“

IN DIESER AUSGABE ...



TITELTHEMA: DEMOKRATIE LERNEN

10 Wir sind der Souverän

Mitbestimmung in der Wirtschaft ist Bestandteil der Demokratie und Bildung ein wichtiger Teil davon. Von Kay Meiners

18 „Besseren Einsichten zugängig“

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist auch eine Geschichte der politischen Bildung. Von Andreas Wenderoth

22 Die Zukunft liegt in der digitalen Welt

Medien sind ein Pfeiler der Demokratie. Damit auch die digitale Welt ihren Beitrag leistet, braucht es neue Regeln. Von Fabienne Melzer

26 Demokratie steckt immer drin

Besuche in Brüssel oder Yad Vashem – das Programm der Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung bietet einiges. Von Kevin Gallant

30 Demokratisch, praktisch und gut für alle

Schule funktioniert auch mit Beteiligung. Von Fabienne Melzer



ARBEIT UND MITBESTIMMUNG

34 „Fast eine Viertagewoche“

Ein ausgeklügeltes Schichtmodell reduziert die Belastungen für die Beschäftigten bei Essity. Von Andreas Schulte

36 Von Anfang an dabei

Kristin Mingram bei DHL Hub Leipzig. Von Andreas Molitor

38 Mehr Schein als Sein

Beim Onlinehändler Amazon haben es ausländische Beschäftigte oft besonders schwer. Von Hugh Williamson

41 Praxistipp

Den gläsernen Beschäftigten verhindern. Von Fabienne Melzer



POLITIK UND GESELLSCHAFT

42 Freund und Kritiker

Zum Tod von Oskar Negt. Von Kay Meiners

44 Klima der Angst

In Ecuador ernten Landarbeiter Bananen unter schlechten Bedingungen. Das Lieferkettengesetz könnte helfen. Von Frank Braßel

IMMER IM HEFT ...

WAS
SONST NOCH
GESCHAH

KOMPAKT

6 NACHRICHTEN

8 CHECK Die Zahlen hinter der Zahl

9 PRO & CONTRA Ein Thema, zwei Meinungen

AUS DER STIFTUNG

48 RADAR Böckler-Institute, Böckler-Projekte, Meldungen

50 WIR – DIE STIFTUNG Demokratie



54 EVENTS Termine, die sich lohnen

55 ZUR SACHE Ernesto Klengel zur Betriebsratsvergütung

MEDIEN

56 BUCH Rezensionen, Tipps & Debatten

59 DAS POLITISCHE LIED Christiane Rösinger: Eigentumswohnung

60 DIGITAL Links, Apps & Blogs



RUBRIKEN

3 EDITORIAL

62 FUNDSTÜCK

64 LESERFORUM

65 IMPRESSUM/VORSCHAU

66 MEIN ARBEITSPLATZ



Foto: Pixabay

Die Qual der Wahl

Beim Einkaufen bin ich total inkonsistent: heute Aldi, morgen Biomarkt. Die Arbeit mit Frank Braßel, der in dieser Ausgabe über Bananen aus Ecuador schreibt, die auch in unseren Supermärkten verkauft werden, hat mich ein Stück nachdenklicher gemacht. Sein Artikel über die schlimmen Zustände auf den Plantagen, ja im ganzen Land, geht mir nicht aus dem Kopf und ich schaue wieder genauer auf das, was im Einkaufskorb landet. Aber alles ist schrecklich kompliziert. Von Braßel lerne ich: Das WWF-Logo auf Bananen sagt einiges aus über Umweltstandards, aber im Zweifel nichts über Arbeitsstandards. Bei Netto sind gerade Datteln aus dem Iran im Angebot, aus einem Land, das Terror unterstützt und Regimegegner hinrichten lässt. Sollte man Lebensmittel aus so einem Land nicht meiden? Anderseits war ich im Iran sogar mal im Urlaub. Und dann, ein Regal weiter, die Tierwohlstufen beim Fleisch. Stufe 1 ist das gesetzlich Erlaubte, Stufe 4 Bioqualität nach EU-Standard. Die Entscheidung fällt manchmal sehr spontan. Vielleicht brauchten wir so etwas wie Menschenwohl-Stufen. Was bekämen da wohl die Bananen aus Ecuador?



Foto: Karsten Schöne

KAY MEINERS ist Redakteur des Magazins *Mitbestimmung*.



Starkes Signal

Überall in Deutschland, in Ost und West, in Metropolen wie hier in Köln oder in Kleinstädten, zieht es die Menschen auf die Straßen. Was sie eint, ist ihr entschiedener Wille, die demokratische Gesellschaft gegen die offen und im Geheimen vorgetragenen Attacken der extremen politischen Rechten zu verteidigen. Vor allem die Enthüllungen des Recherchenetzwerks Correctiv, dass bei einem Geheimtreffen, an dem auch AfD-Politiker teilnahmen, Pläne zur massenhaften Ausweisung von Menschen mit Migrationshintergrund erörtert wurden, hat die Welle von Demonstrationen in Gang gesetzt. Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi sieht auch die Gewerkschaften gefordert, „noch deutlicher zu machen, dass die AfD nicht nur eine rechtsextreme, sondern auch eine arbeitnehmerfeindliche Organisation ist, die sich gegen den Mindestlohn, gegen eine Stabilisierung des Rentenniveaus und gegen mehr Mitbestimmung und Tarifbindung stemmt.“ ■

WIRTSCHAFTSENTWICKLUNG

Trübe Aussichten

So entwickeln sich laut IMK im Vergleich zum Vorjahr ...

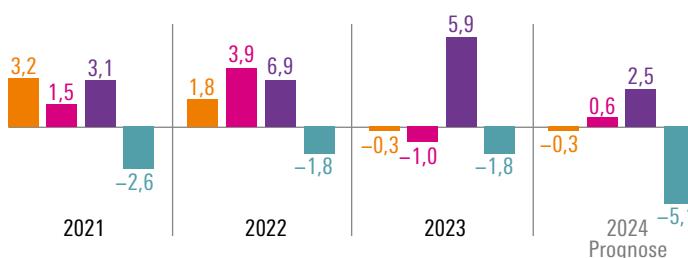
Bruttoinlandsprodukt

Privater Konsum

Verbraucherpreise

Bauinvestitionen

(alle Angaben in Prozent)



Quelle: IMK, 2023

RENTEN

Wenig Geld zum Leben

Fast die Hälfte der Rentnerinnen und Rentner in Deutschland (42,3 Prozent) muss mit weniger als 1250 Euro netto monatlich auskommen, so eine Berechnung des Statistischen Bundesamts. Etwa jeder vierte Rentenempfänger kommt sogar auf weniger als 1000 Euro. Unter den Beziehern kleiner Renten finden sich deutlich mehr Frauen als Männer. Während 53,5 Prozent der Rentnerinnen weniger als 1250 Euro im Monat beziehen, sind es bei den Männern rund 28,2 Prozent. Die durchschnittliche Bruttorente lag 2022 bei 1728 Euro bei den Männern und 1316 Euro bei den Frauen. 2024 droht den Rentnerinnen und Rentnern das vierte Jahr in Folge ein realer Kaufkraftverlust. Im Juli 2023 waren die Renten zuletzt erhöht worden – um 4,39 Prozent im Westen und um 5,86 Prozent im Osten. Für 2024 rechnen Experten mit einer Erhöhung um 3,5 Prozent in Ost und West. ■

EINE FRAGE, HERR ARNHOLD



Foto: Christoph Boeckeler

Warum wurde Ihnen bei der FR gekündigt?

„Weil die Frankfurter Rundschau (FR) lieber drei Jungjournalisten rauswirft, als für eine gerechte Bezahlung zu sorgen. Sechs Tage nach dem Warnstreik für einen Tarifvertrag wurden meine Kolleginnen Jana Ballweber, Yağmur Ekim Çay und ich gefeuert.

Mit uns konnte man es machen, denn wir waren noch in der Probezeit. Ich bin erst im Sommer eigens nach Frankfurt gezogen, um den Klima-Podcast der FR zu entwickeln.

Jana und Yağmur wurden sogar im Haus ausgebildet. Wir drei haben unseren Fall öffentlich gemacht und eine überwältigende bundesweite Solidarität erhalten. Unsere Stimmen im Journalismus werden auch in Zukunft nicht verstummen.“

MAXI ARNHOLD ist freier Journalist aus Frankfurt. Sein Spezialthema ist die Klimapolitik.

800 000

Sozialwohnungen

fehlten Ende 2023 in Deutschland. Damit hat sich das Defizit im Vergleich zum Ende des Vorjahres um 100 000 Wohnungen erhöht. Zu diesen Ergebnissen kommt eine Studie im Auftrag des Verbändebündnisses Soziales Wohnen, zu dem auch die IG BAU gehört. Die derzeitigen Wohnungsdefizite, so die Autoren, „betreffen fast ausschließlich die Bereiche des sozialen und bezahlbaren Wohnens“. Und Entspannung ist angesichts der dramatischen Krise in der Baubranche nicht in Sicht.

Quelle: Pestel Institut: *Bauen und Wohnen 2024 in Deutschland*. Hannover, Januar 2024

WISSEN SIE ...

...dass die Zahl der „Superreichen“ in Deutschland weitaus größer sein dürfte als bislang angenommen?

Eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie des Netzwerks Steuer-gerechtigkeit beziffert den Wert der deutschen Milliardenvermögen auf mindestens 1,4 Billionen, möglicherweise auch 2 Billionen Euro. Bislang ging man von 900 Milliarden Euro aus. Hinter den Milliardenvermögen stehen rund 4300 „superreiche“ Haushalte.

Quelle: Julia Jirmann/Christoph Trautvetter: *Milliardenvermögen in Deutschland. Working Paper Forschungsförderung der Hans-Böckler-Stiftung Nr. 316*, Dezember 2023

BAFÖG

Kritik an Nullrunde

Mit heftiger Kritik reagiert die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) auf die bei den Beratungen zum Bundeshaushalt beschlossene BAFöG-Nullrunde für Studierende. Diese sei „ein Schlag ins Gesicht aller Studierenden, die nicht mehr wissen, wie sie die explodierenden Mietpreise und Lebenshaltungskosten bezahlen sollen“, erklärte GEW-Vize Andreas Keller. Dabei sei der Handlungsbedarf groß. Nur noch 11,7 Prozent aller Studierenden erhielten BAFöG, so Keller, „ein Drittel ist armutsgefährdet, zwei Drittel müssen das gesamte Jahr über jobben, um über die Runden zu kommen“. Die Ampel-Koalition müsse „endlich ihre Zusage einlösen und die Ausbildungsförderung grundlegend reformieren“, forderte der Gewerkschafter.

INTERNATIONALER FRAUENTAG

„Nutzt eure Stimme!“



Foto: Karl Maria Stedler, Wikimedia commons

Mit einer Palette faszinierender Veranstaltungen in den Bezirken und Regionen feiern die Frauen im DGB den Internationalen Frauentag. Der Aufruf zum 8. März widmet sich in diesem Jahr der am 9. Juni stattfindenden Europawahl. „Jetzt müssen wir ein starkes Zeichen setzen“, heißt es. „Wo rechtspopulistische und nationalistische Kräfte an der Macht sind, geraten mit

der Demokratie auch die Frauenrechte in Bedrängnis.“ Daher: „Nutzt eure Stimme! Stärkt die demokratischen Kräfte!“ Der Internationale Frauentag wird seit 1911 weltweit von Frauenorganisationen am 8. März begangen. Die zentrale Forderung der ersten Jahre war das freie, gleiche und geheime Frauenwahlrecht. Außerdem ruft der DGB aus Anlass des Equal Pay Day am 6. März zu einer um 9.30 Uhr beginnenden Kundgebung vor dem Brandenburger Tor in Berlin auf. Es spricht unter anderem die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi.

Was AfD-Wähler bewegt

DEMOSKOPIE Mit Umfragewerten um die 20 Prozent liegt die AfD bei der Sonntagsfrage seit Monaten hinter der CDU/CSU auf Platz 2 in der Wählergunst. Das Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Institut (WSI) hat erfragt, wer die Menschen sind, die der AfD ihre Stimme geben wollen – und was sie umtreibt.

Von Fabienne Melzer

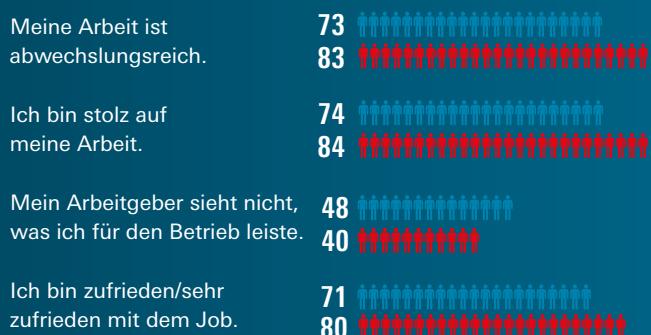
Weniger Vertrauen

Großes oder sehr großes Vertrauen in Institutionen nach Wahlpräferenz, in Prozent:



Unzufriedener am Arbeitsplatz

Zustimmung zu Aussagen, nach Wahlpräferenz, in Prozent:



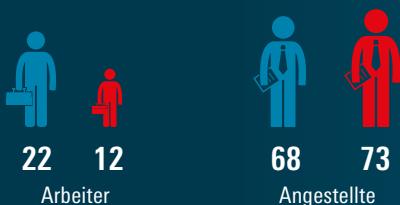
Feindbild Zuwanderung

Anteil in Prozent, die das Thema Zuwanderungsbegrenzung bei der Bundestagswahl 2021 als wichtig einstuften, nach Wahlpräferenz:



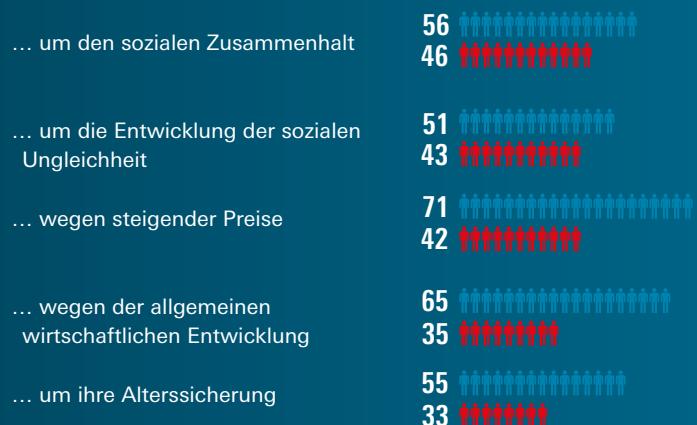
Arbeiter stärker vertreten

Anteil nach Berufsgruppe unter AfD-Wählern und Wählern anderer Parteien in Prozent:



Angst vor Altersarmut und sozialem Abstieg

Anteil der Befragten mit großen Sorgen, nach Wahlpräferenz, in Prozent:



AfD-Wähler

Wähler anderer Parteien

Quelle:
Hövermann, Andreas:
Das Umfragehoch der AfD. WSI Report 92,
November 2023

PRO & CONTRA EIN THEMA, ZWEI MEINUNGEN

Brauchen wir bei der Schuldenbremse Ausnahmen für Investitionen?

Foto: Manuela Zydlor



Foto: Uni Speyer

**JA.**

Deutschland müsste für die Modernisierung der Infrastruktur und die Transformation jährlich einen höheren zweistelligen Milliardenbetrag zusätzlich ausgeben. Das würde staatliche Investitionen und die Förderung privater Investitionen auf allen staatlichen Ebenen – insbesondere beim Bund – betreffen. Die Spielräume bei der Schuldenbremse reichen dafür nicht aus. Allein durch Haushaltsumschichtungen sind die notwendigen Mittel nicht sinnvoll aufzubringen. Da die Investitionen auch zukünftigen Generationen nützen, ist es ökonomisch gerechtfertigt, sie zu einem nennenswerten Teil über Kredite zu finanzieren. Zukünftigen Generationen ist nicht gedient, wenn wir wichtige Investitionen unterlassen und so den Standort schwächen, während maßgebliche Konkurrenten auf dem Weltmarkt wie China und die USA massiv in Infrastruktur und Transformation investieren.

Studien zeigen, dass öffentliche Investitionen private Investitionen anregen. Eine „goldene Regel“, die Investitionen bei der Schuldenbremse (und auch bei den europäischen Regeln) ausnimmt, würde durch eine langfristig gesicherte Finanzierung auch Planungssicherheit schaffen. Es gäbe zudem mehr Transparenz, weil man dann auf Umgehungsstrategien verzichten könnte. Angesichts der im internationalen Vergleich niedrigen Schuldenstandsquote und einer immer noch niedrigen Zinsbelastung werden die Risiken der Staatsverschuldung überbewertet. ■■■

KATJA RIETZLER arbeitet am Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung im Referat Steuer- und Finanzpolitik.

NEIN.

Der Vorschlag erscheint zunächst sinnvoll. Wird kreditfinanziert öffentliches Vermögen geschaffen, müssen künftige Generationen zwar den Schuldendienst leisten, sie können aber zugleich auf den Vermögenswert zugreifen, was eine Beteiligung an der Finanzierung rechtfertigt. Für Vermögenszuwächse oder andere Ausgaben, die künftig Erträge generieren, wäre also eine Neuverschuldung prinzipiell gut begründbar. Eine solche Regel besteht aber den Praxistest nicht. Investitionen müssten so abgegrenzt werden, dass sie künftigen Generationen tatsächlich einen entsprechenden Nutzen stiften. Das lässt sich kaum bewerkstelligen. Die Regel vor Einführung der Schuldenbremse ließ bereits Kreditaufnahmen für Investitionen zu und hat sich nicht bewährt. Das lag unter anderem daran, dass der Investitionsbegriff sehr weit gefasst war und Wertverluste nicht berücksichtigte. Aktuelle Vorschläge sehen das zwar zum Teil vor, aber Abschreibungen werden beim Bund und den meisten Ländern gar nicht erfasst, und die Schätzungen in anderen Statistiken sind für diesen Zweck gänzlich ungeeignet. Damit bestehen die Umsetzungsprobleme fort und damit auch das Risiko, dass durch Fehlanreize Ausgaben zurückgestellt werden, nur weil sie nicht als Investitionen klassifiziert werden. Die öffentliche Hand könnte versucht sein, die vorhandene Infrastruktur zu vernachlässigen und stattdessen schuldfinanzierten Neuinvestitionen den Vorzug zu geben. ■■■

DÉSIRÉE I. CHRISTOFZIK ist Professorin für Finanzwissenschaft an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer.



Und Ihre Meinung? Was halten Sie davon? Schreiben Sie an redaktion@boeckler.de



Demonstration gegen
Rechtsextremismus
in Gelsenkirchen:
Die Gewerkschaften
tragen die Proteste mit.



WIR SIND DER SOUVERÄN

GESELLSCHAFT Die Mitbestimmung in der Wirtschaft ist ein Bestandteil der Demokratie. Doch um sie zu festigen, braucht es mehr denn je ein erweitertes Mandat der Gewerkschaften. Politische Bildung ist ein Teil davon.

Von Kay Meiners



Foto: Thomas Range

Aktionstag der IG BAU an der Zeche Ewald in Herten: Gewerkschaften sind mehr als normale Verbände.

Ein falsches Wort, eine Irritation – schnell kann man die beste Absicht in den Sand setzen. Keiner weiß das so gut wie die Leute, die an der Front der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit stehen und das betreiben, was man heute „aufsuchende Bildungsarbeit“ nennt. Sie besuchen, oft eingeladen vom Betriebsrat, wenn es schon brennt, die Kolleginnen und Kollegen am Arbeitsplatz, in der Pause oder in der Kneipe um die Ecke, um über die Themen zu reden, die gerade die Gesellschaft polarisieren: Migration und Identität, Unzufriedenheit mit den Regierenden, Verschwörungstheorien und Geopolitik, Rassismus oder totalitäres Gedankengut. Die frisch studierte Referentin, die die Zuhörer belehrt, dass man nicht mehr „Farbige“ sagt, sondern „People of Color“ sagen soll, wird möglicherweise ebenso wenig ernst genommen wie der Bildungsexperte, der auf der Baustelle ohne Helm und Sicherheitsschuhe auftaucht. Oft braucht man im Vorfeld ein halbes Jahr, um Vertrauen aufzubauen, damit man in die Betriebe reinkommt, ist aus den Gewerkschaftszentralen zu hören. Und dass es wichtig sei, nicht mit fertigen Themenpaketen anzukommen, sondern zu fragen, wo es brennt. Vielleicht sagten die Leute dann: „Wir kriegen keine bezahlbare Wohnung. Die Ausländer sind schuld.“ Und vielleicht wird dann in einem Gespräch

oder Seminar herausgearbeitet, wie der Wohnungsmarkt organisiert ist und warum er so schlecht funktioniert. So etwas könnte Ziel einer aufsuchenden Bildungsarbeit sein, die die Leute zum kritischen Denken ermächtigt. Das ist etwas vollkommen anderes als Frontalunterricht. So etwas aber fordert viel soziale Kompetenz und darf die Belegschaft nicht auseinanderreißen.

Neue und akzeptierte Formen der Ansprache sind dringend nötig. „Die tradierten Arbeiterbildungstraditionen sind nicht mehr intakt. Und die mediale Gesellschaft deckt eher zu, was eigentlich an Unbehagen und Empörung in dieser Gesellschaft ist“, schrieb der Soziologe Oskar Negt vor über einem Jahrzehnt in diesem Magazin: „Für einen gebildeten Arbeiter war es vor 100 Jahren selbstverständlich, bestimmte Bücher zu lesen wie August Bebels ‚Die Frau und der Sozialismus‘,

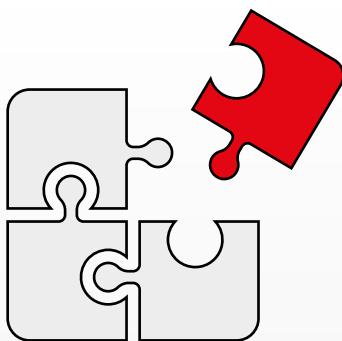
ein vorzügliches Buch. Diese Bildungsbestände gibt es nicht mehr, aber sie sind notwendig für die Gewerkschaften, es sei denn, sie werden allmählich reduziert auf einen Abklatsch des ADAC.“

Negt warnte genau davor. Er schrieb, aus existenziellen Gründen könnten die Gewerkschaften nie normale Verbände werden, denn „dann hat man sie nicht mehr nötig“. Er machte Vorschläge, die an Aktualität nichts verloren haben. Er rief dazu auf, die Gewerkschaften müssten ihr Mandat erweitern, um ihre Rolle in der Demokratie voll ausspielen zu können. Er forderte, das gewerkschaftliche Mandat in vier Dimensionen zu erweitern: die Kultur, die unmittelbare Interessenvertretung, die allgemeine Politik – und die Vision einer humanen Gesellschaft.

Der Soziologe warnte vor einer Spaltung, deren Bruchlinien durch Teilhabe an Arbeit und Einkommen bestimmt sind: „Einem Drittel in dieser Gesellschaft geht es gut, die haben gesicherte Arbeitsplätze und können so etwas wie Lebensplanung vornehmen. Das zweite, wachsende Drittel sind die prekären Lebensverhältnisse mit einer Fragmentierung von Arbeitsplätzen, was eine Lebensplanung unmöglich macht. Und das letzte Drittel ist die wachsende Armee der dauerhaft Überflüssigen – in einer kapitalistisch definierten Arbeitsgesellschaft. Das treibt die Gesellschaft auseinander.“

Aktuelle Forschung aus dem Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung zeigt, dass das Vertrauen in demokratische und staatliche Institutionen stark mit dem Einkommen zusammenhängt. Mehr als die Hälfte der Armen hat nur wenig Vertrauen in Parteien und Politiker. Rund ein Drittel vertraut dem Rechtssystem allenfalls in geringem Maße. Grundlegende Veränderungen wie die Digitalisierung der Arbeitswelt, künstliche Intelligenz und der soziökologische Wandel haben ein großes Bedrohungspotenzial für einen nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung.

Damit verknüpfte gesellschaftliche und arbeitsrelevante Abwertungsprozesse können in der Bevölkerung zu Anerkennungsverlusten, Entfremdungsgefühlen und einer institutionellen Verdrossen- ►



Spielerisch lernen

Lust auf einen kleinen Selbsttest, mit dem sich die Anfälligkeit für die Botschaften von Verschwörungstheoretikern testen lässt? Bereit für eine kleine Lektion über Verschwörungsideologien im Rap? Oder für ein kleines Memory-Spiel, bei dem man prominenten Verschwörungs-

schwurblern ihre wirren Zitate zuordnen soll? Dann könnte eine Runde PuzzleGate genau das Richtige sein. Die von Arbeit und Leben Niedersachsen mit finanzieller Unterstützung der Bundeszentrale für politische Bildung entwickelte Plattform besteht aus sechs Mini-Games zur Demaskierung von Verschwörungsideologien und ist auf allen digitalen Endgeräten abrufbar. „Wir wollten mit PuzzleGate ein möglichst niedrigschwelliges Angebot zur Auseinandersetzung mit Verschwörungsideologien schaffen“, erklärt Björn Allmendinger, stellvertretender Geschäftsführer von Arbeit und Leben Niedersachsen. „Der Einstieg ist einfach, man kann sofort starten.“ Zielgruppe: Jugendliche und junge Erwachsene, die mit dem klassischen Seminargebot oftmals eher nicht zu erreichen sind. Das bewusst kurzweilig gehaltene digitale Bildungsangebot kommt an: Seit dem Launch wurde PuzzleGate schon mehr als 200 000 mal aufgerufen. www.puzzlegate.de

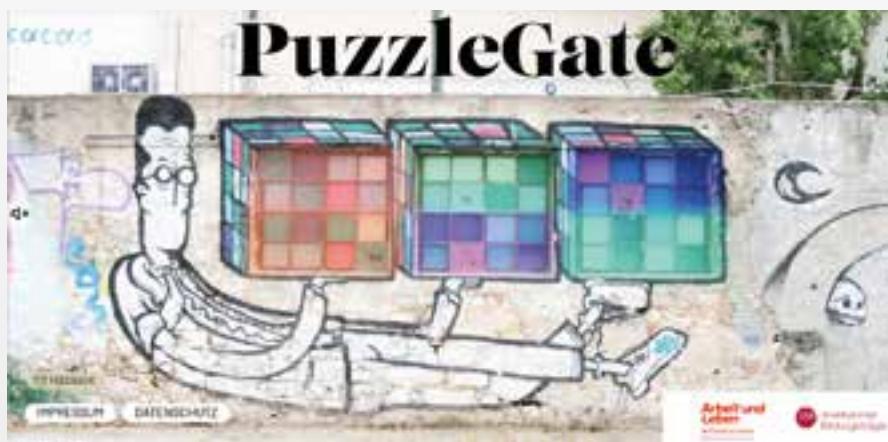




Foto: Werner Bachmeier

Diskussion zwischen Kollegen und Betriebsrat im Druckzentrum der SZ in Steinhausen: Wer hier mitredet, lernt Demokratie.



Ein offenes Ohr haben

Wir würden mit unserem Projekt „Politik zum Nachtisch“ gern auch über die Betriebsräte an die Belegschaften herankommen, aber hier in Sachsen, gerade in den kleinen und mittleren Firmen, gibt es vielfach gar keine Beschäftigtenvertretungen. Also bleibt uns meist nur der Weg über die Geschäftsführungen – und die erwarten einen wirtschaftlichen Mehrwert. Themen wie Diskriminierung, bei denen sie befürchten müssen, dass plötzlich Konflikte offen zutage treten und die Zusammenarbeit stören, werden vermieden. Besser ansprechbar sind sie auf praktische Themen aus dem Firmenalltag, die auch auf den Un-

ternehmenserfolg einzahlen. Der Fachkräftemangel ist derzeit ein beliebtes Thema. Je mehr wir ein offenes Ohr haben, desto erfolgreicher unsere Akquise. „Politik zum Nachtisch“ ist bewusst niedrigschwellig konzipiert. Am liebsten suchen wir das Gespräch mit den Beschäftigten bei einer verlängerten Mittagspause oder beim Sommerfest. Und dann muss man schauen, wie weit man kommt. Uns geht es ja darum, Dialogfähigkeit, Konfliktfähigkeit und Toleranz zu fördern. Das ist manchmal eine Gratiwanderung. Es ist schwieriger geworden, weil immer mehr Leute ein geschlossenes Weltbild haben und den

Dialog zunächst ablehnen. Vor ein paar Jahren traf man in einer Runde vielleicht auf zwei, drei Leute, die sich als harte AfD-Anhänger outeten. Heute ist es eher so, dass ich erst mal schauen muss, ob denn überhaupt jemand dabei ist, der den Themen offen gegenübersteht. Ziel ist es häufig, dass man überhaupt miteinander ins Gespräch kommt.

NICOLAS DIETZ, Projektumsetzung „Politik zum Nachtisch“ bei Arbeit und Leben Sachsen e.V.



Foto: privat

“

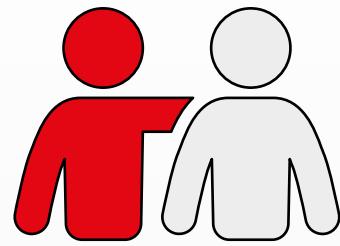
Die tradierten Arbeiterbildungs-traditionen sind nicht mehr intakt. Und die mediale Gesellschaft deckt eher zu, was eigentlich an Unbehagen und Empörung in dieser Gesellschaft ist.“

OSKAR NEGT, Soziologe

Diese Rechte und die Erfahrung der Selbstwirksamkeit werden idealerweise durch Bildung gestützt und verstärkt. Zwar ist auch der Zugang zu Bildung nicht für alle gleich, aber sie ist nicht vom Erwerbsstatus abhängig und steht jedem offen. Zu lange haben wir uns in einer bürokratisch-demokratischen Gemütlichkeit eingerichtet, wohl wissend, dass die bürokratischen Mühen des Alltagsgeschäfts der Mitbestimmung allein nicht die nötige Strahlkraft besitzen, um das Bild einer humanen Gesellschaft zu zeichnen.

Doch diese Gemütlichkeit ist vorbei. Zwar tastet niemand die gesetzlichen Grundlagen der Mitbestimmung an. Doch seit Oskar Negt ein „erweitertes Mandat“ für die Gewerkschaften reklamierte, sind die Herausforderungen – vor allem in den letzten zehn Jahren – erheblich gewachsen. Veränderungen im deutschen Parteiengefüge, Kriege und neue Allianzen totalitärer und autoritärer Herrscher bedrohen die Bemühungen um Freiheit und demokratische Emanzipation heute stärker als zuvor. Die ökologische Transformation der Wirtschaft und die Sicherung der Freiheit werden viel Geld kosten, uns vielleicht sogar materiellen Wohlstand gegen neue Wohlstands- oder Wohlfahrtsmaße abwägen lassen, wie sie beispielsweise der Nationale Wohlfahrtsindex (NWI) umreißt.

Die materielle Ausstattung des arbeitenden Souveräns braucht aber auch eine ideelle Ausstattung, die sie nicht in jedem Fall automatisch hervorbringt. Sie braucht den Blick über den Tellerrand, historisch und geografisch. Ob das über Bücher, über Youtube, über ▶



Nicht mit der großen Keule

Mit unserem Projekt „DRIFT – Hand in Hand im Betrieb“ sprechen wir vor allem Betriebsräte sowie Jugend- und Auszubildendenvertreter an. Wir kommen nicht mit der großen Keule an, mit Rassismus etwa, da würden wir nur auf Ablehnung stoßen. Uns geht es primär darum, ein Gespür für betriebliche Hierarchien und Interessengegensätze zu entwickeln und Sozialkompetenzen zu stärken, die für die Auseinandersetzung im Betrieb wichtig sind. Viele Betriebsräte im Osten sind im Umgang mit Konflikten völlig unerfahren. Kein Wunder, oft haben sie ja gar keinen Verhandlungspartner auf Arbeitgeberseite, vor allem bei verlängerten Werkbänken von Konzernen, allenfalls vielleicht einen Werksleiter, der alle paar Jahre ausgetauscht wird. Wir stärken die Soft Skills, machen die Leute erst mal konfliktfähig. Das ist die Basis für Arbeitskämpfe. Beim Streik müssen schließlich alle vor dem Tor stehen.

MATHIAS GRABOW, Projektleiter bei Arbeit und Leben Sachsen-Anhalt e.V.



Foto: privat

► E-Learning oder Onlinespiele geschieht, ist zweitrangig. Als Anfang der 1950er Jahre über die Montanmitbestimmung verhandelt wurde, besuchten Reporter des Nordwestdeutschen Rundfunks auch den DGB-Vorsitzenden Hans Böckler in Köln. Während die Unternehmerverbände tobten und die Einführung des Sozialismus durch die konservative Regierung Adenauer an die Wand malten, verbanden sich mit diesem Gesetzesvorhaben in der Arbeiterschaft große Hoffnungen auf eine allgemeine Demokratisierung der Wirtschaft. Vor diesem Hintergrund bemühte Hans Böckler im Rundfunk ein Zitat Friedrich Schillers: „Vor dem Sklaven, wenn er die Kette bricht, vor dem freien Menschen erzittert nicht!“

Wir sind keine Sklaven oder Leibeigenen mehr. Aber wenn man den Blick von der Vergangenheit in die Gegenwart wendet, muss man nicht weit schauen, um auch im Jahr 2024 Entrechtung, Entmenschlichung und Mord zu finden. Man findet Entmenschlichung

und Unterdrückung in den Sweatshops von Bangladesch, in den Plantagen Südamerikas, im chinesischen Xinjiang, im russisch besetzten Mariupol und angedacht in den Reden extremistischer Politiker, die auch unsere Demokratie in einen Stresszustand versetzt haben. In dem, was man heute in den Betrieben jenseits des Tagesgeschäfts lernen und erfahren kann, spielen idealerweise die eigene Vergangenheit und die Gegenwart der anderen eine zentrale Rolle. Man könnte daraus eine Lehre ziehen: Es geht nicht nur darum, Demokratie zu lernen. Es geht auch darum, sie zu verteidigen. ■

Betriebsversammlung bei VW Baunatal: Demokratie im Betrieb

Foto: Andreas Fischer



„Wir haben ein agiles Angebot“

Ralf Reinstädtler, Vorstandsmitglied der IG Metall und stellvertretender Vorsitzender des Vorstands der Hans-Böckler-Stiftung, über Ziele und Methoden gewerkschaftlicher Bildungsarbeit

Das Gespräch führen **Kay Meiners** und **Andreas Molitor**

Was muss Bildungsarbeit leisten in einer Zeit, in der die Demokratie unter Druck gerät?

Die Demokratie ist beobachtbar bedroht. Russland mit seinem diktatorischen Machthaber führt einen Angriffskrieg in der Ukraine. Donald Trump, ein Mann mit seinem sehr zweifelhaften Demokratieverständnis, könnte noch einmal US-Präsident werden. Und in Deutschland ist mit der AfD eine rechtsextreme Partei erstarkt, die auch 2024 zu Europa- und Landtagswahlen antritt. Daraum ist es so wichtig, dass wir mit der Bildungsarbeit die Demokratie festigen. Es ist eine Überlebensfrage. Freie Gewerkschaften gibt es nur in einer intakten Demokratie.

Müssen die klassischen Seminare ersetzt oder ergänzt werden durch aufsuchende Bildung vor Ort im Betrieb und auch durch digitale Angebote?

Unsere Bildung findet schon lange nicht mehr nur im Bildungszentrum statt. Wir haben ein agiles Angebot. Wir sind vor Ort und gehen hin zu den Kolleginnen und Kollegen. Und da kommen wir nicht mit vorgefertigten Präsentationen, sondern nehmen genau die Themen in den Blick, die im jeweiligen Betrieb relevant sind. Diese aufsuchende Bildungsarbeit werden wir noch verstärken, genau wie unsere digitalen Angebote. Die richten sich an jüngere Beschäftigte, aber auch an Kolleginnen und Kollegen, denen der Weg ins Bildungszentrum schwerfällt, weil sie Familienangehörige pflegen oder Kinder betreuen. Im vergangenen Jahr haben wir mit 6000 Seminaren rund 90000 Menschen erreicht.

Wie weit strahlt diese Bildungsarbeit auf die Gesellschaft insgesamt aus?

Über den Arbeitsplatz sind wir nah an den Menschen, dort leben wir Demokratie und Mitbestimmung.“



“

Über den Arbeitsplatz sind wir nah an den Menschen, dort leben wir Demokratie und Mitbestimmung.“

Mitbestimmung. Das ist eine positive Ausgangslage. Allerdings sind der Betrieb und das Private, die Gesellschaft draußen, unterschiedliche Welten. Auf das gesellschaftliche Umfeld können wir nur indirekt Einfluss nehmen und Leute befähigen, auch in der Gesellschaft insgesamt ihre Interessen zu vertreten. Das ist schwieriger. Darum bilden wir „Demokratiekämpferinnen und -kämpfer“ aus – Leute, die in den Betrieben erklären, was eine Demokratie eigentlich ausmacht und was systemische Gefährdungen sind. Die wichtigste Zielgruppe sind diejenigen, die Zweifel haben und durch Transformationsprozesse verunsichert sind. Harte Extremisten erreichen wir damit natürlich nicht. Aber es gilt, mit denen ins Gespräch zu kommen, die anfällig sind für die Parolen.

Manche Betriebsräte scheuen die Diskussion heikler Themen – aus Angst, dass, wenn Konflikte offen ausbrechen, ihnen der Laden auseinanderfliegt.

Scheut man den Weg in die Betriebe, läuft man Gefahr, dass die Triggerpunkte entweder gar nicht angesprochen und heikle Themen zu Tabus erklärt werden – oder dass die Diskussion nur im Kreis der Seminarteilnehmer geführt wird, nicht aber an der Werkbank oder im Pausenraum. Unsere Bildungsarbeit lebt doch davon, dass die Kolleginnen und Kollegen uns ihre Schwierigkeiten mitteilen. Es geht nicht darum, die Beschäftigten vor den Kopf zu stoßen, sondern sie mitzunehmen, zur kritischen Selbstreflexion zu befähigen und konfliktfähig zu machen. Was wir nicht brauchen, ist ein Pseudo-Konsens, der alle Probleme zukleistert.

„Besseren Einsichten zugängig“

GESCHICHTE Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – die Werte der Französischen Revolution prägten von Anfang an die Arbeiterbildung. Die Idee von Emanzipation durch Bildung lebt noch immer, sucht aber nach zeitgemäßen Formen.

Von **Andreas Wenderoth**

Ein freundlicher Morgen vereinigt die Teilnehmer mit geröteten Wangen zur Arbeit im Kursusraum. Ein aufmunterndes Lied und Genosse Zimmer behandelt die sozialistische und kommunistische Ideenwelt.“ So beschreibt die sozialdemokratische Zeitung Volkswacht 1931 einen Wochenendkurs des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbunds (ADGB) im „Bunten Haus“, dem heutigen Verdibildungszentrum in Bielefeld. „Brüder, zur Sonne, zur Freiheit“, mutig klang das Lied durch den ernsten Kursusraum. Der Gong erinnerte tönen an den knurrenden Magen.“

Das Fundstück ist ein kleines Puzzleteil in der Geschichte des Bunten Hauses, die der Historiker und Soziologe Karl Lauschke vor einigen Jahren zusammengetragen hat. Seine kleine Schrift ist, wie durch ein Vergrößerungsglas betrachtet, nicht nur die Historie einer Bildungsstätte, sondern eine Geschichte der gewerkschaftlichen politischen Bildung in Deutschland zwischen 1925 und 2000. Die Originalzitate künden vom pädagogischen Duktus der jeweiligen Epoche. „Ohne eine einzige Ermahnung haben die Kollegin und die Kollegen an allen Unterrichten und Veranstaltungen mit großem Eifer teilgenommen“, heißt es 1953. „Sie waren für alle Probleme aufgeschlossen und besseren Einsichten zugängig.“ Interessant auch, zu erfahren, dass Hans Böckler einmal auf einer harten Pritsche nächtigen musste, weil das Bunte Haus wegen einer gleichzeitig stattfindenden Frauen tagung völlig überfüllt war.

Von der Bildung zur Bewegung

Die Geschichte der Arbeiterbildung beginnt lange vor der Gründung des Bunten Hauses – mit der Französischen Revolution. Die Ideen der

Aufklärung wecken auch in der langsam entstehenden deutschen Arbeiterschicht den Wunsch nach Teilhabe. Doch der Schritt vom Untertan zum Bürger ergibt sich nicht von selbst: Er benötigt Bildung und Erziehung. Die Demokratisierung der Gesellschaft, aber auch der Pauperismus in der einsetzenden Industrialisierung sind die Geburthelfer der Erwachsenenbildung. Zwischen 1770 und 1800 erlebt Deutschland einen Gründungsboom von Handwerkerbildungsvereinen und Lesegesellschaften, deren Mitglieder zunächst überwiegend aus den gebildeten Oberschichten bestehen. Bald treten auch sozial orientierte Vereinigungen auf den Plan. So schreibt sich die Ansbacher Gesellschaft 1817 die „Beschäftigung ganz verarmter Personen“ und „Vorbeugung weiterer Verarmung“ auf die Fahnen.

Paris 1832: Während in Deutschland die Restauration herrscht, gründen emigrierte Intellektuelle, Kaufleute und Handwerker den Großdeutschen Verein, zu dem auch Heinrich Heine zählt. Er gilt als Urverein der Handwerker- und Arbeiterbildungsvereine. Die aus dem Ausland zurückkehrenden bringen die Ideen von Karl Marx mit nach Deutschland. Am 2. Januar 1845 wird der zunächst stark sozialistisch agierende Hamburger Bildungsverein für Arbeiter gegründet. Um einem Verbot zu entgehen, muss sich der Verein mit der bürgerlichen Patriotischen Gesellschaft verbinden und politische Bildungsarbeit in philosophischen Veranstaltungen verstecken. Bald verlangt die explosionshafte Zunahme der Arbeiterbildungsvereine nach einer übergreifenden Organisation: Im Revolutionsjahr 1848 entsteht die Arbeiterverbrüderung, die neben einem allgemeinen und gleichen Wahlrecht auch die Regelung von Arbeitszeiten und Arbeitslosenunterstützung fordert.



Foto: Allgemeiner Bildungsverein 1860 Konstanz e.V. / Werbegruppe 2

Arbeiter-Bildungsverein Konstanz (um 1910): Für das Foto nur die beste Kleidung

Aus der Arbeiterbildung wird zunehmend eine Arbeiterbewegung. Den Herrschenden ist sie ein Dorn im Auge. Der preußische Innenminister von Manteuffel etwa bezeichnetet den Berliner Handwerkerverein als eine „Eiterbeule der Gesellschaft“. Vorsichtshalber streicht die Arbeiterverbrüderung in ihren Statuten alle Stellen, die die Staatsmacht provozieren könnten. Dennoch werden 1851 die preußischen Vereine verboten, drei Jahre später auch die Arbeiterverbrüderung. Erst Ende der 1850er Jahre gewinnen liberale Kräfte an Einfluss, neue Arbeiterbildungsvereine entstehen. 1863 wird der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) gegründet.

Mitgründer Ferdinand Lasalle („Die Arbeiter müssen alles lernen, was in der heutigen Gesellschaft zu lernen ist, wenn sie nicht ewig Lohnsklaven bleiben wollen“) gibt einen entschieden sozialistischen Kurs vor. Nicht allen Arbeitervereinen gefällt das. Viele schließen sich unter der Führung des Drechslermeisters August Bebel zum Verband Deutscher Arbeitervereine (VDAV) zusammen, der eher den bürgerlich-liberalen Parteien nahesteht.

Allmählich beginnen sich aus den Arbeitervereinen Vorläufer der Gewerkschaften herauszubilden. Außerdem sind sie die Keimzelle für die Gründung der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) auf Initiative Bebels und Wilhelm Liebknechts 1869 in Eisenach. Für Liebknecht ist Bildung „das mächtigste Mittel zur sozialen Emanzipation“.

1878 ist es mit der Emanzipation jedoch vorerst zu Ende: Bismarcks Sozialistengesetz schränkt die politischen Aktivitäten der Arbeiter stark ein. Als Bismarck 1890 aus dem Amt entlassen und das Sozialistengesetz nicht verlängert wird, ist die Arbeiterbildung wieder im Auftrieb: Bis zum Ausbruch des Ersten Weltkriegs erleben die Arbeiterbildungsvereine ihre erste große Blütezeit.

In der Weimarer Republik wird erstmals verstärkt über das pädagogisch-methodische Vorgehen der Arbeitervereine diskutiert. Staat und Erwachsenenbildung, früher noch entschiedene Gegner, bewegen sich aufeinander zu. Die SPD unter Führung von Friedrich Ebert sieht in der Bildungsarbeit ein wichtiges Mittel zur ►



Foto: Allgemeiner Bildungsverein 1860 Konstanz e.V. / Werbegruppe 2

Ausflug mit dem Autobus (um 1930):
Geselligkeit und Emanzipation

► Demokratisierung. Die Gewerkschaften unter dem Dach des 1919 in Nürnberg gegründeten ADGB werden zum Hauptträger der Arbeiterbildung. In Großstädten wie Berlin und Hamburg etablieren sich permanente Bildungseinrichtungen, die teils mit den Universitäten kooperieren. Die Berliner Gewerkschaftsschule nennt sich „Freie Hochschulgemeinde für Proletarier“ und soll Arbeiter „mit den Qualitäten von Wirtschaftsführern und Staatsmännern ausstatten“. Im Mai 1921 entsteht in Frankfurt am Main die Arbeiterakademie. Ihre Konzeption stammt wesentlich von Hugo Sinzheimer, heute bekannt als „Vater des deutschen Arbeitsrechts“. Er sieht die Aufgabe der Akademie darin, dass sie „auch die Angehörigen der abhängigen Arbeit zur Wahrnehmung selbständiger Funktionen im Staat und in der Wirtschaft befähigt“.

Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten 1933 ist es mit der unabhängigen Bildung der Arbeiterklasse vorbei. Die Einrichtungen werden geschlossen oder gleichgeschaltet.

Demokratie und Klassenkampf

Nach dem Zweiten Weltkrieg wird die gewerkschaftliche Bildungsarbeit in den westlichen Besatzungszonen durch die „Reeducation“ der Alliierten unterstützt. In der sowjetisch kontrollierten Zone setzt der Freie Deutsche Gewerkschaftsbund (FDGB) ganz andere Akzente. Eine freie Arbeiterbildung wie vor 1933 gibt es nicht mehr, weil die Parteiführung der neu gegründe-

ten DDR eine Interessenidentität von Regierung und Arbeiterklasse behauptet. Die staatliche, flächendeckend ausgebauten Volkshochschule wird zum Vorläufer der 1959 gegründeten Arbeiter- und Bauern-Fakultät; Walter Ulbricht erklärt permanentes Lernen zur „ersten Bürgerpflicht“.

In der jungen Bundesrepublik fehlen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit zunächst die Dozenten – zu groß die Verluste durch die NS-Verfolgung. Aus dem Nationalsozialismus zieht man hier ganz andere Konsequenzen. Die Erwachsenenbildung soll sich nicht mehr parteipolitisch vereinnahmen lassen. Betont werden jetzt Freiheit und Autonomie. Die soziokulturelle Bildung steht im Mittelpunkt, Internationalismus und der Gedanke eines künftig geeinten Europas.

Die Volkshochschulen beginnen, mit den Gewerkschaften zu kooperieren. 1951 wird in Köln die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Arbeit und Leben gegründet, die aus den Vorsitzenden der VHS-Landesverbände und den Bildungssekretären des DGB besteht. Sie existiert bis heute, die Angebote stehen allen offen. 1972 wird zusätzlich das DGB-Bildungswerk als Weiterbildungsorganisation für die allgemeine, politische und gewerkschaftliche Wissensvermittlung gegründet.

Unter dem Einfluss der APO und der Studentenbewegung werden seit den 1960er Jahren Ziele und Funktionen der Bildungsarbeit neu bestimmt. Die Ausbildung wird jetzt auf ein so-

zialwissenschaftliches Fundament gestellt. Der Systemtheoretiker Niklas Luhmann betrachtet „Erziehung als Formung des Lebenslaufs“, und der Soziologe Oskar Negt („Demokratie ist die einzige staatlich verfasste Gesellschaftsordnung, die gelernt werden muss“) will auch den Klassenkampf neu beleben. Seine Schrift „Soziologische Phantasie und exemplarisches Lernen“ rüstet die neuen sozialen Bewegungen mit einem Konzept aus, das Lernen in Aktion umwandeln soll.

Mit den Reformen der sozialliberalen Regierung in den 1970er Jahren und der Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes expandiert die Bildungspolitik. Selbstbezogene und -gesteuerte Lernformen stehen jetzt im Vordergrund. Aber immer noch wird um pädagogische Konzepte und Methoden gerungen. Die Rahmenkonzeption der IG Metall Ende der 1990er Jahre knüpft

erneut an Negt an und will Raum für „konkrete Utopien“ schaffen. Bildungsarbeit soll vermitteln, dass gesellschaftliche Verhältnisse historisch gewachsen „und damit veränderbar sind“. Bis heute schreiben sich die Gewerkschaften das auf die Fahnen; sie bieten Seminare zu alternativen Wirtschaftsformen, Europapolitik, Rechtspopulismus oder zur Zukunft des Mediensystems an. ■

Lesetipps

Josef Olbrich: **Geschichte der Erwachsenenbildung in Deutschland**. Leske + Budrich Verlag, 2001

Karl Lauschke: **Ein Ort gewerkschaftlicher Bildung. 75 Jahre „Buntes Haus“**, Bochum, 2000

Diskussionsrunde mit Oskar Negt in Frankfurt am Main (1969): Themen wie der Sinn von Streiks stehen jetzt auch an der Uni auf der Tagesordnung.



Foto: Bridgeman Images

Die Zukunft liegt in der digitalen Welt

MEDIEN Das Internet hat unendlich viele Möglichkeiten geschaffen, aber auch neue Probleme. Es ist ein Balanceakt, die Freiheit im Netz zu erhalten und antideokratische Strömungen zu unterbrechen.

Von Fabienne Melzer – Illustration Anna Diechtrierow



Das gesammelte Wissen aller steht dem größten Publikum aller Zeiten zur Verfügung, jeder kann sich mit seiner Meinung zu Wort melden, und es gibt auf alle Fragen eine Antwort. Es scheint, als hätten sich die Hoffnungen erfüllt, die auf dem digitalen G-8-Gipfel 2011 mit dem Internet verbunden wurden. Aber schon damals teilten nicht alle die Euphorie. Ein paar Zuhörer erinnerten die Redner des Gipfels, die überwiegend von großen Internetkonzernen kamen, an Kolonialherren. Wie sehr sie das Internet inzwischen erobert ha-

ben, zeigt die Forschung des Kölner Medienwissenschaftlers Martin Andree. Über drei Monate maß er die Nutzung auf verschiedenen Endgeräten und kam zu dem Ergebnis: 45 Prozent des Internetverkehrs landen auf den Seiten von Alphabet, Meta, Apple und Amazon. Die ersten 100 Angebote erzielten knapp 72 Prozent des Traffics, auf die Anbieter zwischen Platz 101 und 500 verteilten sich noch 14 Prozent. Wer ein Stück vom Aufmerksamkeitskuchen will, kommt kaum um die großen Plattformen herum. Instagram und Co zeigen Inhalte externer Anbieter auf den ei-

genen Seiten an. Zurück zur Quelle kommt man nur aktiv. Google bietet inzwischen Textauszüge, sogenannte Snippets. Wem die Zusammenfassung reicht, bleibt bei Google, und die Seiten der Inhaltshersteller gehen leer aus.

Mit dem unendlichen und kostenlosen Wissen im Internet nahm die Bereitschaft der Menschen weiter ab, für journalistische Medien zu zahlen. Bei den Verlagen führte das zu sinkenden Auflagen, was die Anzeigenpreise sinken ließ – das war wiederum Anlass für höhere Abonnementpreise, woraufhin die Abozahlen noch weiter sanken. Bettina Hesse, Referentin für Medienpolitik bei der Gewerkschaft Verdi, nennt es die Anzeigen-Auflagen-Spirale. Mit der Spirale ging es auch mit den Arbeitsbedingungen bergab. Redaktionen schrumpften, während die Aufgaben auch durch die Digitalisierung zunahmen. Medienhäuser setzen zunehmend auf Freie, die

nicht diesen Regeln. Martin Andree hätte sie allerdings gern beim Wort genommen: „Wenn ihr mit den Inhalten nichts zu tun habt, dürft ihr sie auch nicht monetarisieren.“ Genau das tun sie aber. Sie vermessen die Nutzerinnen und Nutzer anhand ihrer Lesegewohnheiten und Postings und lassen sich von Werbetreibenden den Zugang zu einem personalisierten Markt bezahlen.

Profit bringt, was Klicks generiert, und das sind vor allem Nachrichten, die starke Gefühle auslösen. Christian Fichter, Wirtschaftspsychologe an der Uni Zürich, nennt das Empörungsökonomie. Im Kampf um die Aufmerksamkeit der Menschen hätten sich auch klassische Medien diesem Mechanismus teilweise angepasst. So befinden sich Menschen zunehmend in einem



Tarifbindung sinkt. Gleichzeitig nehmen seit etwa zehn Jahren Anfeindungen gegen Medienleute zu. „Wir können es uns aber als Gesellschaft nicht leisten, dass vielleicht bald niemand mehr in dem Beruf arbeiten will“, sagt Bettina Hesse.

Medien sind schließlich nicht irgendein Produkt. Sie sind ein Pfeiler der Demokratie. Sie sollen den Austausch zwischen Bürgerinnen und Bürgern und Politik gewährleisten, Meinungen auch von Minderheiten wiedergeben und Missstände öffentlich machen. Da die Internetkonzerne bestreiten, Medien zu sein, unterliegen sie

Dauerzustand der Empörung, und das könne zu schlechten Entscheidungen führen.

Der Netzwerkwissenschaftler Philipp Lorenz-Spreen untersucht mit anderen, wie sich die Nutzung digitaler Medien auf das politische Verhalten auswirkt. Dabei stellte er durchaus positive Effekte fest. „Menschen, die soziale Medien nutzen, engagieren sich häufiger politisch, nehmen öfter an Demonstrationen teil und gehen auch häufiger zur Wahl“, sagt Lorenz-Spreen, der am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung arbeitet. Die Kehrseite: Mit der Nut- ►

► zung digitaler Medien sinkt das Vertrauen in Politik und Medien. Zugleich wächst die Polarierung und die Neigung zu Populismus am rechten Rand. Dabei zeigen Langzeitstudien: Die Menschen nutzen zuerst digitale Medien und ändern dann ihre politische Einstellung. Zwar seien die ursprünglichen Gründe meist gesellschaftlicher Natur, wie etwa die wachsende Ungleichheit, sagt Lorenz-Spreen, „aber die sozialen Medien wirken als Katalysator und verstärken sie.“

Grundrauschen im Netz

Christoph Bieber, Forschungsprofessor am Center for Advanced Internet Studies (CAIS) in Bochum und Altstipendiat der Hans-Böckler-Stiftung, sieht die Entwicklung dennoch gelassen. Natürlich bringe der Wandel auch Probleme mit sich. „Aber das heißt ja nicht, dass es früher besser war“, sagt Bieber. Die Digitalisierung habe die Kommunikation diverser gemacht. Das bringe einerseits mehr ungeprüfte Beiträge in die Diskussion, erzeuge aber auch Widerspruch.

Verdi-Referentin Bettina Hesse nimmt in den Netzen ein Grundrauschen wahr, in dem sich Wichtiges von Unwichtigem nur schwer unterscheiden lasse, vor allem da im Netz niemand vorsortiere. Da können Widerspruch und Relevantes gleichermaßen ungehört verhallen. Eine Studie der Stiftung Neue Verantwortung kam 2018 zu dem Schluss, dass Fact-Checking wenig gegen Falschnachrichten ausrichte. Wo Algorithmen und zunehmend Künstliche Intelligenz

über die Verbreitung von Nachrichten entscheiden, erreichen Richtigstellungen deutlich weniger Menschen, und bei denen, die ohnehin klassischen Medien nicht mehr vertrauen, verstärken sie eher den Glauben an die falsche Nachricht. Sie funktionieren allerdings als eine Art Rauchmelder für Fake-News-Brände für Medienschaffende und Politik.

Dem unendlichen Wissen des Internets steht noch immer die begrenzte Zeit der Menschen gegenüber. Gerda Falkner, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Wien, nennt es den Theatereffekt: „Wenn im Publikum alle aufstehen, sieht keiner besser. Wenn alle schreiben, lesen wir auch nicht mehr als vorher.“ Aber eventuell anders. „Es wird geteilt, was Hass und Wut erzeugt“, sagt Falkner. Das befördere jenen Typus von Politiker ins Zentrum der öffentlichen Wahrnehmung, der gerne zuspitzt und verkürzt.

CAIS-Forscher Christoph Bieber macht dafür weniger das Netz als vielmehr eine gewandelte Parteienlandschaft verantwortlich: „Die AfD ist von Anfang an mit den sozialen Medien gewachsen und integriert sie besser in die Organisationsstrukturen als die etablierten Parteien“, sagt Bieber. Emotionale Debatten gab es auch vor dem Digitalzeitalter, man erinnere sich nur an den Schlagabtausch zwischen Strauß und Wehner. „Solche Debatten vermissen doch heute viele in der Politik“, sagt Bieber.

Das Internet befreien

Der Kölner Wissenschaftler Martin Andree ist überzeugt, dass die Zukunft der Medien im Digitalen liegt: „Ich bin kritisch den digitalen Konzernen gegenüber, aber nicht der digitalen Transformation“, sagt Andree. Gerade weil sie für die politische Meinungsbildung eine wichtige Rolle spielen, müsse man das Internet von der Vor- macht der großen Digitalkonzerne befreien.

Auch Bettina Hesse findet, die Politik müsse der Macht der Plattformen im Interesse der Demokratie Grenzen setzen. Ein Gegengewicht im Dickicht aus zweifelhaften Inhalten von Absendern mit unbekannter Interessenlage könnte der öffentlich-rechtliche Rundfunk bilden, zumal das Bundesverfassungsgericht ihm in einem Urteil 2018 diese Aufgabe zugewiesen hat. „Es gibt gute Vorschläge, den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zu stärken“, sagt Hesse. „Wir müssen



Ich bin kritisch den digitalen Konzernen gegenüber, aber nicht der digitalen Transformation.“

MARTIN ANDREE, Kölner Medienwissenschaftler

“

Menschen, die soziale Medien nutzen, engagieren sich häufiger politisch, nehmen öfter an Demonstrationen teil und gehen auch häufiger zur Wahl.“

PHILIPP LORENZ-SPREEN, Netzwerkwissenschaftler

aber aufpassen, dass sie durch die häufige Fokussierung auf die Höhe des Rundfunkbeitrags nicht unterminiert werden.“ Ein Angebot, das nicht ökonomischen Anreizen folgt, müsse finanziell abgesichert sein und auch Zugang zu neuen technischen Entwicklungen haben. „Natürlich spielen im Netz die Angebote der öffentlich-rechtlichen Sender im Vergleich zu den großen Plattformen eine verschwindend geringe Rolle“, sagt Bettina Hesse. „Aber in Krisen wie der Pandemie oder dem Ukrainekrieg erleben sie enormen Zulauf – linear und online. Wenn Menschen Orientierung brauchen, wenden sie sich an vertrauenswürdige Stellen.“

Um die Macht der Internetkonzerne zu begrenzen, schlägt Martin Andree vor, die Regeln im Netz zu ändern. Unter anderem sollten die Plattformbetreiber dazu verpflichtet werden, Outlinks nicht zu behindern, Gewinne in den Ländern, in denen sie erwirtschaften, auch zu versteuern und gewonnene Daten aggregiert und anonymisiert der Öffentlichkeit und der Wissenschaft zur Verfügung zu stellen. Andree fordert auch die Verpflichtung zu offenen Standards, damit alle mit ihren Inhalten und Kontakten jederzeit zu anderen Anbietern wechseln können. Bei demokratierelevanten Plattformen müssten Kanal und Inhalt getrennt werden. Das würde etwa bedeuten, dass beispielsweise Youtube nur einer von vielen Vermarktern von Videos auf der Plattform wäre und Kunstschaaffende Produkte an den Meistbietenden verkaufen können.

Christoph Bieber vom CAIS ist skeptisch: „Regulierung ist auf Ebene der EU erst recht schwierig, es geht nicht von heute auf morgen.“ Mit der Verabschiedung der Datenschutzgrundverordnung und zuletzt dem AI-Act sei die EU schon wichtige Schritte gegangen. „Das Problem ist aber die Zeit“, sagt Bieber. „In der Zeit, in der Politik Regeln schafft, hat sich die digitale Welt wieder ein ganzes Stück weitergedreht.“ Natürlich müsse die Entwicklung sich in einem gewissen Korridor bewegen, in dem nicht alles erlaubt ist. „Aber der Wandel wird weiter voranschreiten.“

Der Netzwerkwissenschaftler Philipp Lorenz-Spreen sieht angesichts der positiven Effekte auch ein großes demokratisches Potenzial in den Netzwerken. „Eigentlich ist es eine Verschwendug, das Internet nur für kommerzielle Zwecke zu nutzen“, sagt er und erinnert sich an eine Funktion, die es in den Anfangszeiten von Twitter, lange vor der Regieübernahme durch Elon Musk gab: „Es war ein Hinweis: Wollt ihr diesen Inhalt wirklich teilen, bevor ihr ihn gelesen habt?“ Nicht auf jeden Aufreger reagieren und so die eigene Psychologie überlisten würde nicht nur den digitalen Netzwerken guttun, denkt Lorenz-Spreen: „Es setzt auch Vertrauen in die Menschen, dass sie selbst entscheiden können.“



„Demokratie steckt immer drin“

FÖRDERUNG Die Studien- und Promotionsförderung will ihre geförderten Studierenden für aktuelle und künftige Herausforderungen wappnen – und lockt sie dafür auch aus der eigenen Komfortzone.

Von Kevin Gallant

Nicht mehr alle politischen Fragen können auf nationaler Ebene beantwortet werden, sei es die Klima-, Sozial- oder Wirtschaftspolitik, die Risiken und Chancen der Digitalisierung oder eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik. Viele aktuelle Probleme in Europa lassen sich nur gemeinschaftlich lösen.

Um sich Schritt für Schritt Antworten zu nähern, organisiert die Studien- und Promotionsförderung der Hans-Böckler-Stiftung in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung etwa

regelmäßige Reisen nach Brüssel für ihre Stipendiatinnen und Stipendiaten. Parlamentsbesuch, Stadtführungen, Projekte, Diskussionen: Die Geförderten sollen mehr über die dortige Politik erfahren – von denen, die sie machen. Sarah Winter, Referatsleiterin Alumni, begleitet die Reisen nach Brüssel regelmäßig. Sie sagt: „Dabei diskutieren wir nicht pauschal über Europa, sondern setzen thematische Schlaglichter. Zuletzt ging es etwa um die Kandidatur von Ursula von der Leyen als Präsidentin der Europäischen Kommission.“

Meist springen bei einer solchen Reise zwar keine klaren Antworten auf die drängenden Fragen heraus, dafür aber eine wichtige Erkenntnis: „Wir alle hier sind für Europa“, sagt Winter. „Wir sind uns darin einig, dass wir für Europa kämpfen müssen – auch, wenn man sich dafür mit extrem schwierigen Themen beschäftigen muss.“

Eines davon kam etwa bei einer anderen Reise nach Brüssel auf, als die Geförderten mit der Europaabgeordneten und Vizepräsidentin des Europäischen Parlaments, Katarina Barley, über den europäischen Migrationspakt und die Außengrenzen diskutierten. „Barley hat eine andere Meinung vertreten als viele unserer Stipendiatinnen und Stipendiaten, aber alle haben sich trotzdem auf Augenhöhe ausgetauscht“, sagt Winter. „So sollten demokratische Diskurse laufen, gerade in so wichtigen Parlamenten.“

Genau das zu vermitteln sei ein wichtiger Teil der ideellen Förderung der Stiftung – das „Herz-

Foto: Stephan Petrat



Kevin Gallant (links) im Gespräch mit Sarah Winter, Olga Timochin und Alexander Kejo (v.r.n.l.)



Foto: Cordula Kropke

„Die EU hat mich“ schon im Studium beschäftigt. Spannend war aber, einmal selbst nach Brüssel zu reisen und etwa mit Abgeordneten und Referenten ins Gespräch zu kommen und zu verstehen, wie EU-Politik aus der Perspektive von den Leuten gesehen wird, die sie machen. Das zeigte mir noch vertiefender, wie schwierig es sein kann, politische Kompromisse zu finden, weil mehr unterschiedliche Perspektiven aufeinandertreffen als im Nationalen.“

ESTHER TCHIGUI nahm an einem Seminar zum Thema EU und Europa in Brüssel teil.

stück“ des Stipendiums, wie Winter sagt: sich mit Positionen auseinanderzusetzen, denen man selbst nicht nahesteht. Oder sie zumindest auszuhalten. Ihr Kollege Alexander Kejo, Referent in der Studienförderung, ergänzt: „Nicht nur im eigenen Saft zu schwimmen, das gehört auch zur Demokratie. Und dann zählt, wer das beste Argument hat – so schafft man es, Demokratie zu leben und zu gestalten.“

Generell gehe es darum, die geförderten Studierenden aus ihrer Komfortzone zu holen und sie mit Themen zu konfrontieren, die hart und komplex sind. Mit ihrem Seminarangebot will die Studien- und Promotionsförderung aufzeigen, welche Themen bewegen, wo man sich für andere Menschen einsetzen kann, und die Studierenden direkt dorthin führen. Es soll gezeigt werden, dass sich die Herausforderungen der Zukunft auch als Nationalstaat nur mit einer globalen Perspektive verstehen und lösen lassen. So reisten die Geförderten bis zuletzt etwa regelmäßig nach Israel oder nach Bangladesch, wo 2013 eine Textilfabrik eingestürzt war und über 1000 Menschen getötet wurden.

„Demokratie lernen und stärken steckt bei uns immer drin, selbst, wenn es bei unseren Seminaren nicht immer oben draufsteht – denn wir als Begabtenförderungswerk haben mit unserer ideellen Förderung einen klaren Auftrag“, sagt Sarah Winter. Und der lasse sich auf zwei Worte herunterkürzen: Nie wieder. Während des Nationalsozialismus gab es keine Begabtenför- ►



Foto: Frank Rumpenhorst

„Die Zeit in Yad Vashem, Israel, hat mir die Shoa anders vermittelt als deutsche Geschichtsbücher. Die jüdische Perspektive hat auch meinen Blickwinkel verändert. In Deutschland geht es mehr um die großen Zahlen, bei dem Seminar in Jerusalem haben wir über Einzelschicksale gesprochen. Es war sehr eindrücklich, zu erfahren, wie einzelne Personen während der NS-Zeit gehandelt haben und welche unmittelbaren Konsequenzen das hatte.“

JAROSCHA PIA STEINHAUER reiste für ein Seminar nach Jerusalem, unter anderem zur Gedenkstätte Yad Vashem.

► derungswerke mehr. Erst mit Gründung der Bundesrepublik wurden sie wieder eingerichtet. Gesellschaftliche Entscheidungsträger sollten nicht länger nur aus einer sozialen Schicht kommen, sondern in den verschiedenen Förderungswerken nach dem jeweiligen Wertekanon ausgebildet werden. Heute hat Deutschland 13 dieser akademischen Begabtenförderungswerke, die etwa zu Parteien, Religionen oder eben Sozialpartnern gehören. Und alle davon haben laut Winter das Ziel, Menschen bei der Gestaltung einer pluralistischen und damit auch demokratischen Gesellschaft zu unterstützen.

Demokratie ist tägliche Arbeit

Die für die Studien- und Promotionsförderung wichtigen Themen finden sich auch in Deutschland, daher haben auch viele Seminare einen nationalen Bezug: Marginalisierte Gruppen werden immer öfter Opfer von Rassismus, Antisemitismus oder anderen Arten rechter Gewalt, ob physisch oder psychisch. „Unsere Seminare sollten Strukturen offenlegen, die vielen gar nicht bewusst sind“, sagt Alexander Kejo. „Nach dem Motto: Wenn ich selbst nicht betroffen bin, habe ich keine Ahnung davon.“ Das Seminar beschäftigte sich etwa damit, wo Betroffene Unterstützung finden und was man als Einzelperson, Gruppe oder sogar als Gesellschaft gegen diese Übergriffe tun kann.

Nicht gewöhnlich

Olga Timochin, Referatsleiterin in der Studienförderung, fuhr unter anderem mit einer Gruppe zum Internationalen Strafgerichtshof nach Den Haag. „Unsere Seminare sind keine, die man für gewöhnlich an der Uni besuchen kann“, sagt sie. Alle Seminare sind als Initialzündung zu verstehen, sich intensiver mit Themen zu beschäftigen. In Den Haag sprachen die Studierenden mit Beschäftigten über Struktur, Möglichkeiten und Grenzen des Gerichtshofs oder besuchten Verhandlungen, etwa zu den mutmaßlichen Kriegsverbrechen im Sudan. „Der Gerichtshof ist eine interessante Institution, weil wichtige Länder wie die USA ihn auf der einen Seite gar nicht ratifiziert haben, er auf der anderen Seite dennoch das beste Weltgericht ist, das wir aktuell haben“, sagt Timochin. „Auch hier zeigt sich, dass es harte Arbeit ist, Demokratie zu gestalten.“

Dass diese Arbeit nicht immer erledigt wurde, zeigte sich laut Alexander Kejo auch bei einem Seminar in Ungarn. Dort beschäftigte er sich mit einer Gruppe von Studierenden mit der Frage, wie Menschen in Ungarn die Politik ihres Landes wahrnehmen, auch in Europa. Heraus kam, dass viele sich überhaupt nicht von der Politik Orbans vertreten fühlen und zum Teil sogar resignieren: „Viele eigentlich engagierte Leute ziehen sich zurück, weil sie glauben, dass es nichts bringt, noch gegen diese Politik anzukämpfen“, sagt Kejo. „Aus der Ferne bekommt man das nicht in dieser Intensität mit, da helfen diese Seminare.“ Deswegen

will er in diesem Jahr mit einer weiteren Gruppe auch noch nach Brasilien reisen, um zu erkunden, wie sehr Ex-Präsident Jair Bolsonaro die Gesellschaft gespalten hat – und inwiefern das in einem Land mit so vielen unterschiedlichen und marginalisierten Bevölkerungsgruppen wieder geradegerückt werden kann.

Für Olga Timochin ist klar: „Die Demokratie ist tägliche Arbeit und muss gepflegt werden.“ Es sei wichtig, was bereits erreicht wurde, zu erhalten und sich den aktuellen und künftigen Herausforderungen zu stellen – am besten gemeinsam mit der jungen Generation. ■



„Die Stipendiaten und Stipendiatinnen durften das Seminar mitgestalten und mitentscheiden, welche Gäste zu den Gesprächen eingeladen werden. Auch das ist für mich eine Art von demokratischem Prozess. Verschiedene Herkünfte und kulturelle Hintergründe sorgen dafür, dass die Seminare so vielfältig wie möglich werden. Angesichts des Rechtsrucks in Deutschland war es wertvoll, einen Ort zu schaffen, an dem wir darüber sprechen können. Für mich ist das besonders wichtig, denn ich komme aus Syrien, einer Diktatur.“

MOHAMMED ALIKAJ besuchte ein Seminar zu antirassistischer Pädagogik in Zeiten des Rechtsrucks.

Foto: Stephen Petrat

Demokratisch, praktisch und gut für alle

SCHULE Die Wissenschaft weiß, wie eine demokratische Schule funktioniert. Doch im Alltag scheitert echte Beteiligung an vielen Hürden. Angesichts der politischen Lage höchste Zeit, sie aus dem Weg zu räumen.

Von Fabienne Melzer – Fotos Rolf Schulzen



Das nennt man wahrscheinlich Vorführeffekt: Da wollten sich die angehenden Lehrkräfte freien Unterricht anschauen, und ausgerechnet in dieser Woche hatten die Kinder in Falko Peschels Klasse beschlossen, dass sie frontal unterrichtet werden wollen. Die Episode liegt schon lange zurück, aber Falko Peschel erinnert sich auch deshalb so gerne daran, weil sie viel über seinen Unterricht aussagt.

Freier Unterricht heißt für Falko Peschel nicht Wochenplan, stundenweise Freiarbeit oder Stationenlernen. „Kinder merken sehr schnell, ob es ernst gemeint ist, dass sie selbst bestimmen können“, sagt Peschel. In seinem Unterricht entscheiden die Kinder, was sie wann und wie lernen. „Wichtig ist die gemeinsame Basis“, sagt Peschel. Und die lautet: „Wir sind hier, um zu lernen.“ Dreimal am Tag treffen sie sich im Kreis, bestimmen einen unter sich zum Kreisleiter, tragen vor, was sie machen wollen oder gemacht haben, klären Fragen und Konflikte. Sie können Frontalunterricht wählen oder die Kreisbesprechungen abwählen. Was demokratisch ausgehandelt wurde, wird gemacht.

Seit mehr als 20 Jahren unterrichtet Falko Peschel nach seiner Methode, zunächst im Köln-Bonner Raum und seit 2009 an seiner eigenen Schule in Ostwestfalen. Immer mit den gleichen Ergebnissen: Überdurchschnittlich viele Kinder wechselten auf das Gymnasium, Kinder, die schon als unbeschulbar abgestempelt worden waren, integrierten sich wieder, und alle Themen des Lehrplans wurden bearbeitet.

Der ideale Ort

Demokratisches Handeln lernen Menschen in sozialen Zusammenhängen, und dafür eignet sich kaum ein Ort besser als die Schule. Unterricht bringt Kinder unterschiedlichster Herkunft über Jahre täglich zusammen. Doch das Potenzial wird oft nicht genutzt. Martina Schmerr und Elina Stock von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) sehen in der Dreigliedrigkeit und im Leistungsgedanken die größten Hürden für ein Schulsystem, in dem Kinder ihr Lernen selbst bestimmen. „Demokratiebildung findet in deutschen Schulen zu spät, zu wenig und vor allem zu wenig auf Ebene der Schule selbst statt“, sagt Martina Schmerr, Referentin für den Bereich Schule beim GEW-Vorstand.

In ihrer derzeitigen Struktur ist Schule nicht demokratisch. Lehrpläne geben die Themen vor, Lehrkräfte gestalten den Unterricht und vergeben Noten. „Die standardisierte Leistungsorientierung setzt der Demokratiebildung Grenzen“, sagt Elina Stock, Referentin im Vorstandsbereich Vorsitzende. In einem System, in dem Kinder vermesen werden und bewertet werden müssen, ob sie für den einen oder anderen Bildungsweg geeignet sind, bleibt kaum Zeit und Raum für soziales Lernen, Selbstbestimmung und freie Entfaltung.

Aufregung um Steuererklärung

Demokratiebildung kann auf zwei Ebenen stattfinden – implizit, wie in der Schule von Falko Peschel, oder explizit, im Politik- oder Geschichtsunterricht. Daher heißt es oft: Demokratiebildung macht der Gesellschaftskundelehrer ab der 8. Klasse und für zwei Stunden pro Woche. Selbst das hängt allerdings davon ab, auf welcher Schule ein Kind gelandet ist, wie eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung zeigt. Danach erhielten 2019 an Gymnasien 55 Prozent in den Klassen 9 und 10 Politikunterricht, an anderen allgemeinbildenden Schulen nur 44 Prozent. Während in der gymnasialen Oberstufe das Fach zwei bis drei Stunden pro Woche unterrichtet wurde, war es an Berufsschulen nur eine Stunde.

Auch dieser magere Teil schrumpft, sagt Martina Schmerr: „Politikunterricht wurde eher noch abgebaut zugunsten ökonomischer Bildung.“ Besonders symptomatisch findet sie die Diskussion über die Steuererklärung und die Aufregung darüber, dass Schule so etwas Kindern nicht beibringt. Wenn Schule zur Serviceagentur für den Arbeitsmarkt und zum Aufbau von Alltagsfähigkeiten verkümmere, bleibe Demokratielernen zwangsläufig auf der Strecke. Wissen über Bundestag und Bundesrat, Gewaltenteilung und Föderalismus allein macht aber aus kleinen Menschen noch keine großen Demokraten. „Demokratiebildung ist eine Querschnittsaufgabe“, sagt Elina Stock. „Das funktioniert nur, wenn Schule in ihrer Struktur, Kultur und Qualität demokratisch-partizipativ weiterentwickelt wird.“

Schulgesetze erlauben ausdrücklich, Kinder über Unterrichtsinhalte und Leistungsbewertung mitbestimmen zu lassen. Doch für Demokratiebildung brauchen Lehrkräfte Zeit und Ressourcen. Jan Vorpahl nimmt sie sich. Er ►

“

Demokratiebildung findet in deutschen Schulen zu spät, zu wenig und vor allem zu wenig auf Ebene der Schule selbst statt.“

MARTINA SCHMERR, Referentin für den Bereich Schule beim GEW-Vorstand

Im Demokratielabor bauen Schülerinnen und Schüler mit Lehrer Jan Vorpahl an ihrer idealen Schule.



“

Es ist schön, zu sehen, wie Kinder und junge Menschen aufblühen, wenn sie wirklich mitreden können.“

JAN VORPAHL, Lehrer an der Berliner Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule

► unterrichtet in Teilzeit Deutsch und Geschichte an der Berliner Heinrich-von-Stephan-Gemeinschaftsschule. In der restlichen Zeit kümmert er sich um demokratische Schulentwicklung. Demokratie heiße ja nicht einfach: Die Mehrheit bestimmt. Demokratie nimmt auch auf Meinungen von Minderheiten Rücksicht. „Das ist anstrengend und kostet Zeit“, sagt Vorpahl, „aber es lohnt sich.“ Nicht in Heller und Pfennig, sondern viel besser: „Es ist schön, zu sehen, wie junge Menschen aufblühen, wenn sie wirklich mitreden können“, sagt Vorpahl.

2021 hat sich die Gemeinschaftsschule auf den Weg zur demokratischen Schule gemacht. Unter ihrem Dach lernen Kinder von der ersten Klasse bis zum Abitur. Damit fällt schon ein Demokratiehindernis weg: Nach der vierten Klasse wird nicht sortiert. Doch die Schule wollte mehr – mehr Beteiligung von allen an allen schulischen

Prozessen, Beteiligung von Lehrkräften, Kindern und ihren Eltern. Dazu setzten sich die Gruppen im vergangenen Herbst zusammen und schrieben auf, was ihnen an der Schule gefällt und was sie ändern würden. Nun wird geprüft, was sich wann und wie umsetzen lässt. Eins gehört auch zu einer demokratischen Schulkultur: „Wer sich beteiligt, möchte auch sehen, dass zumindest ein Teil seiner Vorschläge umgesetzt wird“, sagt Vorpahl. Da sei man schon einen Schritt vorangekommen. So hatte eine Gruppe das Mensaessen bemängelt. Das ließ sich nicht sofort ändern, aber es gibt nun eine Koch-AG, die Alternativen anbietet. Auch für Jan Vorpahl zahlt sich die Arbeit aus: „Ich bin viel zufriedener in meinem Job.“

Es gibt die Leuchttürme

Rund 70 demokratische Schulen nach dem Sudbury-Modell zählt Martin Nanzig vom Vorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik, weltweit, rund eine Handvoll davon in Deutschland. „Die Leuchttürme zeigen, dass Demokratie in der Schule funktioniert“, sagt Nanzig, der als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Bergischen Universität Wuppertal im Bereich Berufsbildungsforschung arbeitet.

Falko Peschel hat über seine Arbeit Bücher geschrieben, an Universitäten unterrichtet und in der Lehrerfortbildung gearbeitet. Dabei hat er oft die Erfahrung gemacht: „Alle finden freien Unterricht toll, aber fast jeder findet Gründe, warum es nicht geht. Die Schulaufsicht sagt: Das funktioniert mit unseren Schulleitungen nicht. Die Schulleitung sagt: Das funktioniert mit unseren Lehrkräften nicht, die Lehrkräfte sagen: Das

funktioniert mit unseren Schulleitungen und der Schulaufsicht nicht.“ Dabei müssten Lehrkräfte nicht gleich das volle Programm übernehmen. Sie könnten den Kindern zu Beginn vorstellen, was im nächsten halben Jahr in ihrem Fach ansteht, und sie entscheiden lassen, wie sie sich den Inhalt erarbeiten wollen. Falko Peschel versteht ohnehin nicht, warum man Kindern nicht sagt, was im Schuljahr auf sie zukommt. „Kein Erwachsener würde sich so behandeln lassen.“

An der Uni Wuppertal bietet Martin Nanzig ein Seminar „Demokratiepädagogik in der Schule“ an. Er vermittelt Methoden wie die Einrichtung eines Klassenrats, eine Art Schülerparlament, das über Themen und Probleme berät und entscheidet. Nanzig sieht kleine positive Veränderungen. Viele Schulen seien methodisch inzwischen breiter aufgestellt, aber von einer flächendeckenden Demokratisierung könne man nicht sprechen. „Schule hat die Aufgabe zu selektieren“, sagt Nanzig. Das funktioniert nicht demokratisch. Dabei weiß die Wissenschaft theoretisch, wie Demokratie in der Schule gelernt werden kann.

Weniger Streit, weniger Arbeit

Doch selbst wer mit dem nötigen Wissen von der Uni an die Schule kommt, scheitert oft an Problemen des Alltags. Personalmangel, Zeitnot und Bürokratie bestimmen den Arbeitstag vieler Lehrkräfte. Demokratischschulen wirken auf Menschen, die klassischen Unterricht erlebt haben, häufig befremdlich. So müssen Lehrkräfte oft auch die Eltern erst einmal gewinnen. Dafür brauchen sie Zeit. Eine demokratische Schule würde Lehrkräfte aber auch entlasten. Wenn Kinder und Jugendliche mitbestimmen, auch das zeigen die Leuchttürme, gibt es weniger Streit und Ärger im Unterricht, weniger Störungen – und damit weniger Arbeit für das Kollegium.

Davon können nicht nur Lehrkräfte profitieren, sondern auch die Gesellschaft. „Wir wünschen uns eine Bevölkerung mündiger Demokraten“, sagt Nanzig. „Aber viele lernen es nicht in der Schule, und wenn sie Pech haben, gibt es auch am Arbeitsplatz keine demokratische Beteiligung.“ Demokratie bekommt aber niemand in die Wiege gelegt, sie will gelernt werden. Ange- sichts aktueller Wahlprognosen hofft Martina

Schmerr auf Bewegung in der Bildungspolitik – weg von der Lehrplanfixierung im 45-Minuten- takt hin zu gelebter Demokratie.

Ganz demokratisch entschieden sich übrigens die Kinder in Falko Peschels Klasse damals nach einer Weile, den Frontalunterricht wieder aufzugeben. Auch im Interesse des Lehrers, wie ein Zweitklässler feststellte: „Das war voll blöd. Da musste der Peschel alles allein machen.“



Die Kinder merken sehr schnell, ob es ernst gemeint ist, dass sie selbst bestimmen können.“

FALKO PESCHEL, Schulleiter Bildungsschule Harzberg



Auch der Lehrer muss sich melden. Falko Peschel in einer seiner ersten Klassen.

„FAST EINE VIERTAGEWOCHE“

ARBEITSZEIT Ein ausgeklügeltes Schichtmodell reduziert die Belastungen der Beschäftigten bei Essity Operations. Der Betriebsrat hat entscheidend daran mitgewirkt.

Von Andreas Schulte – Foto Stephen Petrat

Jetzt für 2024 bewerben

Die Bewerbungsrunde für den Betriebsrätepreis 2024 ist gestartet. Bis zum 30. April 2024 können einzelne Betriebsräte, komplette Gremien, Schwerbehinderten-, Jugend- und Auszubildenden- sowie Mitarbeitervertretungen ihre Projekte einreichen. Teilnehmen können Interessenvertretungen mit Projekten aus den Jahren 2022 bis 2024. Bewerbungsinfos unter: www.dbrp.de

Ohne „Tempo“ zog das Tempo an. Diesen scheinbaren Widerspruch erlebten vor zwei Jahren die Beschäftigten des Hygienepapierherstellers Essity Operations am Standort Neuss. Denn als das Management die Weiterverarbeitung von Taschentüchern der Traditionsmarke Tempo an den Standort Mannheim verlagerte, erhielt Neuss im Gegenzug die Verarbeitung der Handelsmarken des Konzerns. „Damit stiegen die Volumina“, sagt Betriebsratsvorsitzender und IGBCE-Mitglied Ralf Kruska. „Das führte zu mehr Belastung der Beschäftigten, und so stieg auch der Krankenstand.“ Zeitweilig betrug er bis zu 13 Prozent.

Zwar galt damals im Betrieb die 35-Stunden-Woche, doch häufig waren sogenannte Einbringschichten nötig, um sie zu erfüllen. Zudem mussten die Beschäftigten den hohen Krankenstand ausgleichen. „Es gab daher ständig Änderungen im Dienstplan“, sagt Kruska. „Bald waren die Zeitkonten so voll, dass es nicht möglich war, zu viel gearbeitete Stunden abzufeiern.“

Dieser Zustand störte nicht nur die Belegschaft, auch der Arbeitgeber war unzufrieden. Er forderte angesichts der hohen Auslastung der Produktion den sogenannten Durchfahrbetrieb, bei dem grundsätzlich an sieben Tagen in der Woche gearbeitet wird. Doch die Vorstellungen beider Lager für die Problemlösung drifteten zunächst auseinander. Während die Arbeitnehmervertreter mehr Personal forderten, brachte die Essity-Führungsetage die 38-Stunden-Woche ins Gespräch. „Da haben wir uns gedacht: Nicht mit uns“, erzählt Kruska.

Der Betriebsrat machte sich daran, aufzuzeigen, wie ein neues Schichtmodell im Durchfahrbetrieb für Entlastung sorgen kann, ohne zusätzliche Kosten zu verursachen. Im Grunde sei es eine Wette mit dem Arbeitgeber gewesen, sagt Kruska. „Gelingt es uns, ihm zu beweisen, dass wir nicht nur den Krankenstand senken können, sondern uns auch für neue Mitarbeiter interessant machen? Denn natürlich sind auch wir vom Fachkräftemangel betroffen“, sagt Kruska. Vor allem Azubis waren nach ihrer Ausbildung bis zuletzt nicht für Schichtarbeit zu begeistern. „Wir mussten also auch zeigen, wie wir junge Menschen im Unternehmen halten können.“

Insgesamt habe die Loyalität zum Betrieb abgenommen. „Früher hatten wir oft 25- und 40-jährige Dienstjubiläen zu feiern. Das kommt mittlerweile seltener vor. Heute suchen sich Beschäftigte sehr schnell einen neuen Arbeitgeber, wenn die Bedingungen nicht stimmen. Schließlich haben wir in den angrenzenden Ballungszentren rund um Neuss reichlich Konkurrenz.“

Um die Chancen auf den Gewinn der Wette zu erhöhen, setzte der Betriebsrat auf externe Hilfe. Das Gremium ließ sich von der IGBCE und externen Experten für Arbeitszeitsysteme beraten – freilich nicht, ohne in Workshops die Wünsche der Belegschaft zu erfragen.

„Wir haben dann mit einem speziellen Tool durchgerechnet, was eine Umstellung des bis dahin üblichen Vier-Schicht-Modells auf ein Fünf-Schicht-Modell bedeuten würde“, sagt Kruska. Zunächst einmal stiegen durch zusätzliches Personal die Kosten. „Das machte unsere



Ralf Kruska, Betriebsratschef von Essity Operations in Neuss:
„Die Beschäftigten wollen kein anderes Modell mehr.“

Verhandlungsposition nicht leichter“, sagt er. Doch langfristig würde die Umstellung unter Berücksichtigung aller Faktoren inklusive verringerter Fluktuation und Senkung des Krankenstands kostenneutral verlaufen. „Diese Fakten haben den Arbeitgeber schließlich überzeugt.“

Seit Januar 2023 gelten die neuen Regeln. „Die Beschäftigten sind superzufrieden“, sagt Kruska, „die wollen kein anderes Modell mehr.“ Denn sehr schnell zeigten sich die Vorteile für alle Beteiligten. Beim neuen Fünf-Schicht-Modell arbeitet jeder wöchentlich 32,5 Stunden. Der Clou: Das Entgelt entspricht weiterhin der zuvor üblichen 35-Stunden-Woche, Einbringenschichten entfallen. „Überall wird gerade noch über die Viertagewoche diskutiert, aber wir sind mit unserem Modell und einer Wochenarbeitszeit von 4,2 Tagen schon ganz nah daran“, sagt Kruska. Dabei sind in der Papierindustrie mit ihren rund 40 000 Beschäftigten in Deutschland wöchentliche Arbeitszeiten von 38 Stunden weiterhin üblich.

Doch es ist nicht nur die reduzierte Belastung, die das Schichtmodell, das dem Betriebsrat eine Nominierung für den Betriebsrätepreis 2023 und den Sonderpreis „Gute Schichtarbeit“ einbrachte, zum Erfolgsmodell macht. Der Krankenstand sei seit Beginn des Jahres deutlich auf nunmehr rund acht Prozent gesunken, berichtet Kruska. Leistungsgewandelte Beschäftigte, also jene, die etwa wegen einer Krankheit dauerhaft nur eingeschränkt einsatzfähig sind, müssen keine Nachschichten übernehmen.

Nicht nur intern kommt das neue Schichtmodell gut an. Essity Operations konnte dadurch auch seine Attraktivität als Arbeitgeber steigern. Die verbesserten Arbeitsbedingungen scheinen sich in der Region bereits herumzusprechen. Das Unternehmen hatte jedenfalls keine Probleme, zu den 450 Beschäftigten am Standort 50 neue für das personalintensivere Modell zu rekrutieren. ■

Von Anfang an dabei

AUFSICHTSRAT Kristin Mingram, Arbeitnehmervertreterin bei DHL Hub Leipzig

Von Andreas Molitor – Foto Karla Schröder

Manchmal, wenn im Aufsichtsrat ihres Arbeitgebers mal wieder der Personalmangel das beherrschende Thema ist und alle händeringen nach Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern suchen, denkt Kristin Mingram gut 20 Jahre zurück, an ihren eigenen Einstieg ins Berufsleben. „Ich hatte einen guten Realschulabschluss“, erzählt die 1984 bei Magdeburg geborene Arbeitnehmervertreterin des DHL Hub am Flughafen Leipzig, „aber ich musste Hunderte von Bewerbungen schreiben, bevor ich einen Ausbildungsplatz fand.“ Schließlich klappte es bei der Deutschen Post mit einer Lehrstelle als Fachkraft für Brief- und Frachtdienst, so hieß das damals. Es war die schwere Zeit Anfang der 2000er Jahre, mit fünf Millionen Arbeitslosen. „Das können die jungen Leute sich heute kaum noch vorstellen.“

War dabei, wie alles wuchs

Der Ausbildungsplatz bedeutete allerdings noch nicht das Ende der Sorgen. Kristin Mingram sattelte noch ein drittes Jahr drauf, „fürs Kaufmännische“, aber an eine Übernahme nach der Ausbildung war nicht zu denken. Ein Glücksschlag für sie, dass im August 2005 der DHL Hub seinen Betrieb aufnahm und Arbeitskräfte suchte. Kristin Mingram wechselte von der Post zu dem Logistiker und war eine der ersten 25 Beschäftigten. Heute sind es 7000. Man war „dabei, wie das alles wuchs, man konnte auch eigene Ideen einbringen und hatte ein großes Aufgabenfeld“. Heute sind die Tätigkeiten viel stärker spezialisiert: „Eine Kollegin im Büro weiß im Zweifel gar nicht, was die Leute draußen auf der Rampe genau machen.“

Gewerkschafterin wurde Kristin Mingram schon bei der Unterschrift des Ausbildungsvortrags. Schon während ihrer Ausbildung war sie

aktiv in der Jugend- und Auszubildendenvertretung. Dauerthema war die Übernahme nach der Lehre. Eine Demo in Magdeburg blieb damals ohne Erfolg. Heute sähe das sicher anders aus.

Am DHL Hub wurde Mingram gleich in den Betriebsrat gewählt. Arbeitszeitthemen waren ständige Begleiter, vor allem bessere Schichtpläne und längere Wochenarbeitszeiten, damit die Beschäftigten von ihrem Lohn eine Familie ernähren konnten. Die Übernahme des Betriebsratsvorsitzes war ursprünglich erst für 2026 geplant. Aber dann wollte der bisherige Vorsitzende 2022 nicht mehr antreten und bat seine Stellvertreterin: „Ich würde mir wünschen, dass du das jetzt schon übernimmst.“

Im Aufsichtsrat, dem Kristin Mingram seit 2017 angehört, stehen Themen ganz anderer Größenordnung zur Diskussion, große Investitionen vor allem. Das DHL-Dreieck soll ja auf Wachstumskurs bleiben. Auch Personalnot und Fluktuation stehen bei jeder Sitzung auf der Agenda.

Die Belegschaft ist ein Spiegel der Gesellschaft, mit einem entsprechend breiten Spektrum politischer Einstellungen. Da sei es gut zu wissen, dass der Arbeitgeber beispielsweise rassistische und diskriminierende Äußerungen nicht duldet und energisch handelt – auf Grundlage eines konzernweiten Verhaltenskodex.

„Meine Einstellung zum Thema AfD kennt hier jeder“, sagt sie. Im Betriebsrat gibt es darüber wenig Diskussion, man bleibt bei den betrieblichen Themen. Kristin Mingram findet es „schade, dass viele Menschen die Auseinandersetzung scheuen und lieber schweigen“. Darum sei es „so ermutigend, dass in den vergangenen Wochen auch in unserer Region so viele Leute gegen rechts auf die Straße gegangen sind und Position bezogen haben“ – auch die, die sonst schweigen. „Es ist an der Zeit.“





Mehr Schein als Sein

ONLINEHANDEL Amazon gibt sich gern weltoffen. Doch bei näherem Hinsehen nutzt das Unternehmen vor allem die prekäre Lage ausländischer Beschäftigter.

Von Hugh Williamson

Wer bei Amazon einen Job sucht, trifft auf den Internetseiten auf ein Bild der Vielfalt, auf Menschen unterschiedlichen Alters, unterschiedlicher Haut- und Haarfarben. Eines haben sie alle gemeinsam: Sie strahlen in die Kamera, als gäbe es nichts Schöneres, als Kartons hin- und herzuschieben, zu sortieren oder auszutragen. Amazon legt viel

Wert auf sein weltoffenes Image – und pflegt es in millionenschweren Werbekampagnen. Laut Unternehmensangaben setzen sich die 36 000 Beschäftigten in Deutschland aus über 100 Nationalitäten zusammen. Die Website verheißen: „Wir setzen uns für Vielfalt und Integration ein.“

Doch mit der Arbeitswelt von Menschen aus anderen Nationen hat diese heile Welt bei Ama-

Foto: Hauke-Christian Dittrich/dpa





Foto: Verdi

Verdi-Sekretär Nonni Morisse (vorne) protestiert gemeinsam mit Beschäftigten bei Amazon.

zon – aber längst nicht nur dort – oft wenig gemeinsam. Der Anteil ausländischer Arbeitskräfte in den untersten Entgeltgruppen in Deutschland steigt. Laut Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichem Institut der Hans-Böckler-Stiftung (WSI) arbeiteten 2022 rund 3,6 Millionen Vollzeitbeschäftigte im Segment der Geringverdiener (Bruttomonatsverdienst unter 2.431 Euro). Während 2014 586 000 dieser Geringverdiener ausländischer Herkunft waren, stieg ihre Zahl bis 2022 auf 1,1 Millionen.

Stefan Thyroke, Leiter der Fachgruppe Logistik bei Verdi, stellt fest: „Die Beschäftigung im Logistiksektor wird in Deutschland immer prekärer, und Amazon ist Teil davon.“ Früher haben Unternehmen „Gastarbeiter“ rekrutiert, dann entsendete Arbeitnehmer aus anderen EU-Ländern, und jetzt setzen sie auf günstige Arbeitskräfte aus Nicht-EU-Staaten.

Amazon ist in Deutschland mit über 100 Standorten vertreten. Beschäftigte aus Ländern des Nahen Ostens, aus Afrika und anderen Teilen der Welt machen oft zwei Drittel der Belegschaft aus. In den niedrigsten Entgeltgruppen liegt der Anteil sogar noch höher.

Viele dieser Arbeitskräfte sind erst seit Kurzem in Deutschland. Sie besitzen keine deutsche Staatsangehörigkeit, sprechen wenig Deutsch und kämpfen mit der Bürokratie, etwa mit einem Antrag auf Aufenthaltserlaubnis. Verdi-Vertreter und Amazon-Betriebsräte helfen, so gut es geht.

Hedi Tounsi, Betriebsrat im Verteilzentrum von Amazon in Winsen bei Hamburg und Verdi-Mitglied, kam 2016 aus Tunesien nach Deutschland. Er schätzt, dass rund 90 Prozent der 2300 Beschäftigten am Standort aus Somalia, Eritrea, dem Irak und anderen Ländern kommen. Tounsi hilft Beschäftigten, die wenig Deutsch verstehen, etwa beim Schriftverkehr mit Behörden. Englisch gehört neben Deutsch inzwischen an vielen Amazon-Standorten zur Arbeitssprache. Im Amazon-Verteilzentrum Sülzetal bei Magdeburg hat es Arabisch inzwischen zur dritten Arbeitssprache gebracht.

Amazon nutzt die schwierige Situation der ausländischen Neueinsteiger – ungeklärter Aufenthaltsstatus, mangelnde Deutschkenntnisse und kaum Erfahrung mit vergleichbarer Arbeit – und stuft sie bei der Entlohnung erst mal ganz unten ein. Das erscheint seltsam vertraut. Ähnlich praktizierten es Auto- und Stahlkonzerne, mittelständische Fabrikherren und Müllabfuhrer mit den „Gastarbeitern“ schon vor 50 Jahren. Aber immerhin: Ein Niedriglohnjob bei Amazon ist ein erster Schritt aus dem Transfersystem in den regulären Arbeitsmarkt – allerdings zu kärglichen Bedingungen.

Die geringe Bezahlung ist für die meisten Arbeitskräfte mit Migrationshintergrund das größte Problem. Das bestätigt auch Hedi Tounsi. Der Einstiegslohn liege bei 13 bis 14 Euro pro Stunde und damit nur wenig über dem ►

Neue Wege

In der Auseinandersetzung mit Amazon beschreitet Verdi jetzt neue Wege. Die Gewerkschaft hat mit der Beschäftigung von Projektsekretären für Amazon in Bayern, Rheinland-Pfalz, Berlin und Brandenburg sowie mit Nonni Morisses Stelle in Norddeutschland einen Anfang gemacht.

Eine weitere Kollegin wird ab Frühjahr 2024 Nordrhein-Westfalen betreuen. Die Verdi-Sekretäre beraten Betriebsräte, unterstützen betriebliche Protestaktionen und erstellen Flugblätter in verschiedenen Sprachen. Nach Ansicht von Nonni Morisse beobachten derzeit viele Unternehmen die Entwicklung bei Amazon. „Wenn wir bei Amazon erfolgreich sind, können wir diese Strategien auch in anderen Unternehmen und Branchen anwenden.“



“

Aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, arbeiten viele Beschäftigte hart und halten die Klappe.“

HEDI TOUNSI, Betriebsrat im Amazon-Verteilzentrum in Winsen

Mindestlohn. „Die Kernforderung lautet: Mehr Geld für harte Arbeit!“, sagt er.

Unsichere Beschäftigungsverhältnisse sind ein weiteres Problem für Menschen ohne gesichertes Aufenthaltsrecht. Viele Amazon-Standorte setzen Leihbeschäftigte ein und übernehmen nur wenige von ihnen in Festanstellung. An anderen Standorten stellt der Onlinehändler oft nur befristet ein. Doch wer in Deutschland nur geduldet ist, braucht einen Arbeitsvertrag, um bleiben zu können. Tounsi berichtet: „Aus Angst, ihren Arbeitsplatz zu verlieren, arbeiten viele Beschäftigte hart und halten die Klappe.“

Beschäftigte, deren Aufenthaltsgenehmigung abläuft, haben von Amazon wie auch von vielen anderen Arbeitgebern in der Regel keine Unterstützung zu erwarten, erzählt ein Betriebsrat, der wie einige andere lieber anonym bleiben möchte. Auch Nonni Morisse, Verdi-Sekretär für das Amazon-Projekt in Niedersachsen und Bremen, berichtet von Fällen, „in denen Amazon bei drohender Abschiebung untätig blieb“. In Wunstorf

bei Hannover drohte einem Verdi-Mitglied und Betriebsratsnachrücker aus Westafrika 2022 die Abschiebung. Amazon lehnte es ab, tätig zu werden, aber Verdi startete eine Kampagne: Die Aufenthaltsgenehmigung des Kollegen wurde verlängert.

Morisse glaubt, dass es Amazon nicht wichtig ist, Beschäftigte zu halten, eher im Gegenteil: Mitarbeiterfluktuation ist seiner Meinung nach Teil des Geschäftsmodells. Peter Birke, Wissenschaftler am Soziologischen Forschungsinstitut der Universität Göttingen, teilt diese Einschätzung. Er ist Autor des Buchs „Grenzen aus Glas. Arbeit, Rassismus und Kämpfe der Migration in Deutschland“, für das er Interviews mit Amazon-Beschäftigten geführt hat. Der Ansatz von Amazon, so Birke, erzeuge „einen doppelten Druck auf ausländische Beschäftigte, der sich auf den Erhalt eines Amazon-Vertrags und die Unsicherheit hinsichtlich der Aufenthaltsgenehmigung bezieht.“

Amazon beteuert, die Unterstützung ausländischer Arbeitskräfte sei ein wichtiges Anliegen. Das Unternehmen hat Richtlinien gegen rassistische Sprache und Diskriminierung am Arbeitsplatz erstellt und setzt an einigen Standorten Sozialarbeiter ein, wie Jana Rothe in Sülzetal bei Magdeburg. Beschäftigte mit Migrationshintergrund suchen regelmäßig ihre Unterstützung. Sie hat Kolleginnen geholfen, die häusliche Gewalt erfahren haben, und sie berät bei Problemen mit dem Aufenthaltsrecht. „Die Ausländerbehörde ist überlastet. Ich habe dort Kontakte, kann bei der Terminvereinbarung helfen und sicherstellen, dass der Papierkram erledigt ist.“

Sozialarbeiter dieser Art gibt es auch an den Standorten in Gera, Leipzig und Werne bei Dortmund. Eine Amazon-Sprecherin erklärt, dass in Deutschland 2023 eine Art Willkommensprogramm für Arbeitsmigranten eingeführt wurde, das „Leistungen wie die Erstattung von Gebühren im Zuge der Zuwanderung und juristische Unterstützung beinhalten kann“. Das ist lobenswert und könnte Vorbild für andere Unternehmen sein. Allerdings gehört zu einem wirklichen Willkommensprogramm für ausländische Arbeitskräfte vor allem eins: die Begrüßung mit einem fair bezahlten und sicheren Arbeitsplatz. Aber da hinkt der größte Onlinehändler der Welt leider immer noch weit hinterher. ■

PRAXISTIPP

Das Institut für Mitbestimmung und Unternehmensführung der Hans-Böckler-Stiftung (I.M.U.) wertet regelmäßig Betriebs- und Dienstvereinbarungen aus und zeigt anhand von Beispielen, worauf es ankommt. Mit der Reihe „Praxistipp“ stellen wir in jeder Ausgabe eine Auswertung vor.

KI mitbestimmen und gläserne Beschäftigte verhindern

Kompliziert, vielfältig und hochdynamisch – drei Eigenschaften, die auf viele algorithmische Systeme und Anwendungen Künstlicher Intelligenz (KI) in Betrieben zutreffen. Die Akteure der Mitbestimmung müssen genau hinschauen, sich Rat holen und sich qualifizieren, wenn sie den Einsatz der neuen Technik im Interesse der Beschäftigten gestalten wollen. Vier Beispiele zeigen, wie Betriebsräte den Einsatz von KI und algorithmischen Systemen regeln, und machen deutlich, welche Rechte ihnen die Gesetze schon heute geben und wo es rechtliche Lücken gibt.

Der gläserne Beschäftigte ist angesichts der Mengen an Daten und der Geschwindigkeit, mit der die Systeme arbeiten, keine Utopie. Betriebsräte müssen Leistungs- und Verhaltenskontrollen beim Einsatz im Betrieb möglichst ausschalten. Der Gesamtbetriebsrat von DuPont hat den Einsatz solcher Funktionen im Personalmanagementsystem Workday ausgeschlossen.

Bei IBM regelt die Vereinbarung, dass die letzte Entscheidung beim Menschen liegt und so nicht Maschinen allein über Beschäftigte bestimmen. In allen Beispielen arbeiten die Betriebsräte eng mit den Datenschutzbeauftragten zusammen. ■

Die Software bewerten sie beispielsweise nach Risiken und Auswirkungen auf die Beschäftigten. Bei Siemens unterscheidet der Betriebsrat nach Anwendungen und ihren Folgen.

Ein anderer wichtiger Punkt ist in allen Beispielen die Qualifizierung: Betriebsräte brauchen Wissen über die Technik, um Gefahren zu erkennen. Aber auch die Beschäftigten müssen für den sicheren Umgang mit KI qualifiziert werden. Bei Heidelberg Materials werden daher die Beschäftigten bei jeder technischen Neuerung geschult.

Betriebsräte können sich – das zeigt die Mitbestimmungspraxis – nicht nur auf das Betriebsverfassungsgesetz, sondern auf eine Reihe von Gesetzen und Vereinbarungen stützen. Den Schutz der Persönlichkeit garantiert das Grundgesetz, Fremdbestimmung durch Technik untersagt die Datenschutzgrundverordnung. Das Betriebsrätemodernisierungsgesetz gibt Betriebsräten das Recht, sich Beratung zum Thema KI zu holen. Allerdings müssen sie sich mit dem Arbeitgeber einigen – eine Schwäche des Gesetzes, die auch der DGB in seinem Entwurf für ein Betriebsverfassungsgesetz nennt. Dennoch zeigen die Beispiele: KI kann mit klassischen Instrumenten geregelt werden. ■



Mehr Infos und Fallstudien unter:

<https://www.boeckler.de/de/betriebs-und-dienstvereinbarungen-34872.htm>

Weitere Fragen an:
betriebsvereinbarung@boeckler.de

Freund und Kritiker

NACHRUF Der Philosoph Oskar Negt war der Brückenbauer zwischen der Revolte von 1968 und der Arbeiterbewegung. Die Gewerkschaften verlieren mit ihm einen großen Ideengeber.

Von Kay Meiners

Foto: 360-Berlin / Claudia Esch-Kenkel



W er das Glück und die Ehre hatte, bei Oskar Negt zu Gast zu sein, wurde so gleich Teil einer gutbürgerlichen Wohngemeinschaft: In der Hannoveraner Altbauwohnung, in der er mit seiner Frau Christine Morgenroth lebte, gab es Wände aus Büchern. Sofort wurden Kaffee und Kuchen gereicht. Negt konnte Vertrautheit herstellen. Als ich ihn im Jahr 2005 zusammen mit meiner Kollegin Margarete Hasel zum Interview traf, hatten wir gleich das Gefühl, willkommen zu sein. Dabei war das Thema des Interviews für Negt unangenehm, denn es ging um die Entstehung einer neuen Partei. Kurz zuvorward die „Wahlalternative

Arbeit und soziale Gerechtigkeit“ (WASG) gegründet worden, von enttäuschten Mitgliedern der SPD-Linken und Gewerkschaftsmitgliedern, die die Ablehnung der Hartz-Gesetze einte. Diese Partei trat nun zu den Bundestagswahlen an. Negt, der 1954 in die SPD eingetreten war und sich zeitlebens dieser Partei verbunden fühlte, obwohl er 1961 wegen seiner Mitgliedschaft im Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) ausgeschlossen worden war, fühlte sich seitdem als „konstitutioneller Sozialdemokrat“. Mit den Positionen der WASG sympathisierte Negt, doch sie war für ihn eine populistische Abspaltung, die wenig bewirken würde. Den Namen „Linkspar-

tei“, der damals aufkam, fand er anmaßend. Zudem fürchtete er eine Schwächung der Linken insgesamt. Mehr versprach er sich von einer „außerparlamentarischen Opposition“ (APO), vergleichbar jener APO der 1960er Jahre, deren Wortführer er als junger Mann gewesen war.

Vom Studenten zur politischen Figur

Um zu verstehen, wofür dieser Mensch stritt, der sich zu einem der großen Sozialphilosophen der Bundesrepublik entwickelte, muss man Negts Lebensweg anschauen. Zur Welt kam er 1934 in der ostpreußischen Provinz, wo er als jüngstes von sieben Kindern in eine Familie von Kleinbauern und Arbeitern geboren wurde. Er erlebte das Trauma der Vertreibung durch die Sowjetarmee, sah das untergehende Königsberg als „Totenstadt“, lebte in dänischen Internierungslagern, bevor er schließlich nach Niedersachsen umsiedelte. Erst zehn Jahre nach der Flucht fühlte er sich angekommen in einem neuen Leben.

In den 1960er Jahren wurde aus dem Studenten und Wissenschaftler eine politische Figur. Früh war er um eine enge Zusammenarbeit der marxistischen Linken mit den Gewerkschaften bemüht und bald eine wichtige Stimme in der APO und dem in Offenbach ansässigen Sozialistischen Büro. Bei Max Horkheimer und Theodor W. Adorno, den führenden Vertretern der Frankfurter Schule, hatte er Soziologie und Philosophie studiert und bei Adorno über den Gegensatz von Positivismus und Dialektik bei Georg Wilhelm Friedrich Hegel und Auguste Comte promoviert. Von 1962 bis 1970 war Negt Assistent von Jürgen Habermas an den Universitäten Heidelberg und Frankfurt. Dann wurde er auf den Lehrstuhl für Soziologie der Technischen Universität Hannover, der heutigen Gottfried Wilhelm Leibniz Universität, berufen, an der er bis zu seiner Emeritierung 2002 lehrte. Seine Nähe zur gewerkschaftlichen Bildung erlaubte ihm einen nachhaltigen Einfluss auf führende Gewerkschaftsmitglieder. Als Student hatte Negt die Bildungsarbeit der IG Metall kennengelernt und war später stellvertretender Leiter der DGB-Bundesschule in Oberursel.

In den 1980er Jahren unterstützte Negt die Gewerkschaften im Kampf für die 35-Stunden-Woche. Dazu kam ein Kultur- und Bildungs-

gagement, etwa in der Zusammenarbeit mit dem Filmemacher Alexander Kluge, in der unter anderem Konzepte bürgerlicher und proletarischer Öffentlichkeit erprobt wurden, oder die Gründung der Glockseeschule 1972 in Hannover, die reformpädagogische Konzepte und das Lernen durch Selbstregulation erprobte. Bis heute gibt es hier keinen 45-Minuten-Takt, keine Schulglocke und kein Sitzenbleiben. Negt engagierte sich auch in der Studienförderung der Hans-Böckler-Stiftung. Von 1971 bis 1997 war er ihr Vertrauensdozent. Die Hans-Böckler-Stiftung und ihre Vertrauensdozentinnen und -dozenten trauern um einen wichtigen Ideengeber. Er hat auch in dieser Funktion zahllose Debatten um die Zukunft der Gesellschaft bereichert. In seinem Buch „Wozu noch Gewerkschaften?“ aus dem Jahr 2004 richtete Negt an die Gewerkschaften kritisch die Frage nach deren neuen Herausforderungen.

Wer sein Denken kennenlernen will, kann auf eine Werkausgabe zurückgreifen, die der Steidl Verlag Göttingen mit Unterstützung der Hans-Böckler-Stiftung veröffentlicht. Erst der zeitliche Abstand, die künftige Auseinandersetzung mit Negt wird zeigen, was von seinen Schriften und Ideen originär war, was zeitabhängig. Eines aber ist sicher: So, wie Oskar Negt einen Platz in der Zeitgeschichte hat, so wird er als Ideengeber für die Gewerkschaften schwer zu ersetzen sein. Seine Idee, durch exemplarisches Lernen die Formbarkeit der sozialen Umstände zu erkennen, vor allem aber sein durch und durch demokratisches Menschenbild, das auch Eigensinn, Widerständigkeit und Mündigkeit am Arbeitsplatz umfasste und dem Hierarchie fremd war.

Berthold Vogel, der Direktor des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen, nannte Oskar Negt einmal einen Menschen, der uns Mut macht, „nicht immer und immer wieder bei uns selbst stehen zu bleiben, sondern in das Weite und das Offene zu treten“. Der Mensch, der, auch wenn er missbraucht und ausgebeutet wird, die „Kraft zur Zukunftsbezogenheit und Emanzipation“ hat – das war sein Lebensthema. Es war seine biografische Erfahrung und Philosophie zugleich. Oskar Negt starb am 2. Februar im Alter von 89 Jahren nach langer, schwerer Krankheit. ■

KLIMA DER ANGST

LIEFERKETTEN Wer sich in Ecuador gegen die mächtigen Besitzer der Bananenplantagen zur Wehr setzt, lebt gefährlich. Ein paar Mutige tun es trotzdem. Dabei hilft ihnen das deutsche Lieferkettengesetz.

Von Frank Braßel





Foto: Miguel Castro

Sprühflugzeug im Einsatz: Ob gerade Menschen auf der Plantage sind, interessiert oft niemanden.

Ruben Caicedo*
und Julio Vanegas*
vor dem Eingang
von Megabanana:
Ein Foto mit Gesicht
wäre ein Risiko.

Foto: Miguel Castro

Es ist heiß und feucht knapp zwei Autostunden nördlich der Hafenstadt Guayaquil in der Provinz Los Ríos. Kilometerlang erstrecken sich die Bananenplantagen, am Himmel ziehen Pestizidflugzeuge ihre Bahn. Es riecht nach Chemie, kein Kraut wächst zwischen den endlosen Stauden. „Megabanana“ heißt die riesige Plantage, die der US-Multi Dole im Bananengürtel von Ecuador betreibt, einem Land, in dem die gelben Früchte beste Bedingungen finden. Bananen brauchen ein feuchtheißes Klima, um optimal gedeihen zu können. Ideal sind 1500 Sonnenstunden und etwa 27 Grad. Genauso das bietet Ecuador, das zwischen Peru und Kolumbien am Pazifik liegt. Die natürlichen Voraussetzungen wie auch die Missachtung von Umweltschutz und Arbeitsrechten haben Ecuador zum weltweit wichtigsten Bananenexporteur gemacht.

Aktuell eskaliert die Gewalt in dem Land. Präsident Daniel Noboa hat im Kampf gegen die mächtige Drogenmafia den Notstand ausgerufen und versucht, gegen die kriminellen Gruppen zu kämpfen, die die staatliche Gewalt herausfordern. Für Beschäftigte gehört das Land, das lange als relativ ruhig galt, laut aktuellem Ranking des Internationalen Gewerkschaftsbunds (IGB) zu den zehn schlimmsten der Welt. Im Herbst 2023 gab es Morddrohungen gegen mehrere führende Köpfe des Gewerkschaftsbundes ASTAC, worauf manche von ihnen mit Unterstützung der EU für einige Zeit ins Ausland gegangen sind. Auf einen der Gewerkschafter, die blieben, wurde zum Jahresende ein Attentat verübt, das scheiterte. Die

Verantwortung übernahm die größte Drogenbande Ecuadors, die Choneros – und forderte explizit die Einstellung der Arbeit für die Rechte der Bananenarbeiter. Eine Zusammenarbeit der Narcos mit einflussreichen Wirtschaftsinteressen lässt sich in Ecuador immer wieder beobachten. Vor diesem Hintergrund ist es sehr beunruhigend, dass fünf deutsche Supermarktketten, die mit dem lokalen Unternehmerverband und koordiniert von der GIZ, ein Projekt zur Verbesserung der Lohnsituation organisieren, nicht den Mut aufbringen, die Drohungen und das Attentat gegen ASTAC öffentlich zu verurteilen.

Der US-Multi Dole will sparen

Megabanana gilt im Bananengürtel als einer der besseren Betriebe. Hier, bei Dole, gibt es eine Betriebsgewerkschaft und einen Betriebsrat. Die Früchte, die auch in deutschen Edeka-Supermärkten verkauft werden, tragen das Panda-Logo des WWF und den grünen Frosch der Rainforest Alliance, das „gemeinsame soziale und ökologische Anstrengungen“ bescheinigt. Doch selbst hier hat es der Gewerkschaftsbund ASTAC, der die Bananenbauern und Landarbeiter vertritt, mit einem Arbeitgeber zu tun, der versucht, die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern.

„Seit über einem Jahr erreichen wir keine Übereinkunft zur Erneuerung des Tarifvertrags“, sagt Ruben Caicedo* vom Betriebsrat. Sein richtiger Name und sein Gesicht sollen nicht in einer Zeitung erscheinen, auch nicht weit entfernt in Deutschland, wo die Bananen aus Ecuador oft nur halb so viel kosten wie heimische Äpfel. ►



Unsichere Rechtslage

Rechte nicht garantiert – so lautet die Einstufung des IGB für Ecuador. Im Jahr 2022 ging die Regierung Ecuadors brutal gegen Massenproteste für Demokratie und kollektive Rechte vor, die von Organisationen indigener Völker und Gewerkschaften organisiert wurden. Der sehr restriktive Rechtsrahmen behindert insbesondere die Gründung von Branchengewerkschaften. Die Gewerkschaft der Bananenarbeiter ASTAC hat sich nach Jahren mit unendlich viel Druck diesen Status trotzdem erkämpft. Die notwendige Regulierung unterblieb aber bis heute.

► Caicedo trifft sich mit der Presse lieber in einer benachbarten Kleinstadt unter dem Schatten eines riesigen Mangobaums in einem Park. Fruchtsäfte werden am Straßenrand angeboten, Mopeds fahren hupend vorbei. „Früher wurden wir fünf Prozent über dem gesetzlichen Mindestlohn bezahlt“, erzählt Caicedo. „Das hat Dole nun auf drei Prozent reduziert und will zukünftig die jährlichen offiziellen Steigerungen davon abziehen.“ Beunruhigend ist auch der Umbau des Personals. „Etwa 100 der älteren Männer und Frauen mit fast 20 Jahren Betriebszugehörigkeit wurden in letzter Zeit entlassen und durch Jüngere ersetzt, die nur befristete Zweijahresverträge erhalten“, erläutert Julio Vanegas*, einer der dienstältesten Betriebsräte. Diese Verträge sollten in der Coronazeit Arbeitsplätze schaffen. Jetzt dienen sie dem Fruchtmulti dazu, Betriebsrenten für Ältere zu vermeiden und befristet Beschäftigte nicht für den Betriebsrat zuzulassen. Dazu kamen Verstöße beim Arbeitsschutz: Pestizide wurden auch hier mit Flugzeugen ausgebracht, während noch Beschäftigte auf der Plantage arbeiteten.

Beschwerde im fernen Deutschland

Dies alles waren Gründe für die Beschwerde, die ASTAC und die Entwicklungsorganisation Oxfam im November 2023 gegen Edeka im fernen Deutschland beim Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) einreichten – in der Hoffnung, etwas zu bewegen. Immerhin wur-

de der Betriebsrat von den Rainforest-Auditoren bei der kurzfristig angesetzten Inspektion nach der Beschwerde angehört. Auch wurde kürzlich die Ausbringung von Pestiziden per Flugzeug vom Management so geregelt, wie es das Gesetz vorschreibt: ohne Beschäftigte im besprühten Teil der Plantage. Der WWF dagegen hat die Gewerkschafter bislang nicht konsultiert.

Eine weitere Beschwerde richtet sich gegen den Lebensmittel-Einzelhändler Rewe wegen diverser Rechtsverletzungen beim ecuadorianischen Unternehmen Otisgraf, einem langjährigen Lieferanten. Vor einem Jahr war hier bezahlter Urlaub ebenso unbekannt wie bezahlte Überstunden. Regelmäßig zogen Flugzeuge über die Plantage und sprühten teils hochgiftige Pestizide auf die Bananen und vielfach auch auf die Menschen. Einige wurden besonders schlecht behandelt – sie hatten einen Vertrag über 20 Wochenstunden, arbeiteten aber mindestens 40 – also für den halben Lohn.

Jetzt, nach der BAFA-Beschwerde, wird die neue Betriebsgewerkschaft zumindest toleriert, wenn sie auch immer noch nicht vom Arbeitsministerium anerkannt wurde. „Wir sind jetzt stärker geeint“, sagt José Alcivar*, der seit mehreren Jahren für das Unternehmen tätig ist. „Inzwischen werden Überstunden und die Arbeit am Wochenende korrekt bezahlt, die Frauen haben nun Verträge mit der realen Arbeitszeit. Seitdem wir eine Gewerkschaft haben, muss sich das Management

Foto: Frank Brägel



“

Wenn die Unternehmen sich über diese Beschwerden ärgern, die das deutsche Gesetz zulässt, wer garantiert uns, dass dies nicht unsere Sicherheit zusätzlich gefährdet?

JORGE ACOSTA, Koordinator der Gewerkschaft ASTAC



Foto: Miguel Castro

Arbeiterin Sofia Manglar*: Wer auf der schwarzen Liste landet, kann gleich nach Hause gehen.

zweimal überlegen, wie man mit uns umgeht.“ Regelmäßige Treffen zwischen Gewerkschaft und Geschäftsführung gibt es nach wie vor nicht.

Für die Menschen, die sich vor Ort engagieren, sind Beschwerden im Ausland auch ein Risiko: „Es wäre positiv, wenn das Lieferkettengesetz mehr für die Beschäftigten bringt als private Zertifizierungen, die nur Kosmetik sind“, sagt Jorge Acosta, der Koordinator von ASTAC, der als Pestizid-Pilot arbeitete, bis er die Gewerkschaft gründete. „Doch wenn die Unternehmen sich über diese Beschwerden ärgern, die das deutsche Gesetz zulässt, wer garantiert uns, dass dies nicht unsere Sicherheit zusätzlich gefährdet?“

Die Präsidentenfamilie verdient mit

Die Hacienda María Teresa, die nur rund einen Kilometer von Otisgraf entfernt liegt, kennt noch weit schlimmere Zustände als Otisgraf oder Megabanana. Für ein paar Monate war Sofia Manglar*, die auch bei ASTAC organisiert ist, hier beschäftigt, nachdem sie ihren früheren Job verloren hatte. Das Gehalt der Alleinerziehenden mit drei Kindern betrug nur 15 Dollar am Tag, weit unter dem gesetzlichen Mindestlohn. Und



Foto: Miguel Castro

Schaumstoff sorgt für makellose Export-Qualität.

dann wurde Sofia auch hier gekündigt. „Angeblich gab es nicht genug Arbeit“, sagt sie. Ihre Kolleginnen kannten den wahren Grund: „Der Personalchef hatte sie vor dem Kontakt mit mir gewarnt: Ich stünde auf der schwarzen Liste der Gewerkschaftsmitglieder.“ Wer auf María Teresa schuftet, kann sich nicht an deutsche Behörden wenden. Es fehlt die nötige Geschäftsbeziehung. Zum anderen hat María Teresa einen sehr einflussreichen Besitzer: die Familie von Präsident Daniel Noboa, die ihr Milliardenvermögen maßgeblich mit Bananen erwirtschaftet hat. ■

EU-Richtlinie

Rückenwind könnte bald auch aus der EU kommen. Rat, Parlament und Kommission einigten sich im Dezember auf einen Entwurfstext zur EU-Lieferkettenrichtlinie. Er enthält an mehreren Stellen strengere Regelungen als das deutsche Lieferkettengesetz (LkSG). Dies betrifft den Kreis der betroffenen Unternehmen, die Ausdehnung der Sorgfaltspflichten auf die gesamte Wertschöpfungskette, die Einführung eines neuen zivilrechtlichen Haftungstatbestandes für die Verletzung von Sorgfaltspflichten und eine Erweiterung der Liste der Schutzgüter. Das deutsche Gesetz müsste dann nachgeschärft werden. Der Entwurf muss allerdings noch durch das EU-Parlament und den Rat verabschiedet werden – Deutschland wird aber nicht zustimmen sondern sich enthalten, wofür Arbeitsminister Hubertus Heil eine „ideologisch motivierte Blockade der FDP“ in der Koalition verantwortlich macht.

* Die Namen wurden von der Redaktion geändert.

„Wir stehen für euch bereit!“

NEUJAHRSEMPFANG Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi diskutierte mit der Unternehmerin Tijen Onaran über Demokratie und Diversität.



Yasmin Fahimi

Wer gedacht hatte, dass ein Leitthema wie „Digital, divers und demokratisch in die Zukunft“ zu einer weichgespülten Diskussionsrhetorik verleiten könnte, sah sich beim Neujahrsempfang der Hans-Böckler-Stiftung

angenehm enttäuscht. Die DGB-Vorsitzende Yasmin Fahimi und die Unternehmerin Tijen Onaran sparten nicht mit deutlichen Worten: „Ich habe Gänsehaut bekommen, als ich diese Bilder von den Demos gegen rechts gesehen

hab“, sagte Tijen Onaran. Das Land steht auf, „und das macht mir Mut, weil Vielfalt sichtbar wird, so trist alles auch gerade scheint und so ätzend die News sind.“ Noch deutlicher an die Adresse der rechten Brandstifter richtete sich Yasmin Fahimi, als sie von „ekelhaften, menschenfeindlichen Säuberungsfantasien“ sprach.

Selfmade-Entrepreneurin Tijen Onaran, Tochter türkischer Einwanderer und mittlerweile eine Art Popstar der Unternehmerinnen-Szene, spricht gern von „Challenges“ und „Role Models“ und predigt, dass wir „ganz dringend ein Narrativ des Aufstiegs“ brauchen. Mit Gründerinnengeist allein sei es nicht getan, betonte dagegen die DGB-Vorsitzende Fahimi. Es braucht auch positive Visionen für die Gesellschaft als Ganzes: „Ein besseres Morgen ist möglich. Aber ihr müsst dafür kämpfen, und wir stehen für euch bereit.“ ■

Von Andreas Molitor

Ausführlicher Bericht unter: www.boeckler.de/

WSI

Ziel ist der Erhalt der Kaufkraft

LOHNPOLITIK Auf dem Tarifforum war die hohe Inflation Thema.

Die Erfahrungen der Tarifrunde 2023 standen im Mittelpunkt des WSI-Tarifforums, der traditionellen Jahrestagung des WSI-Tarifarchivs, die Anfang Dezember in Düsseldorf stattfand. Vor dem Hintergrund weiterhin historisch hoher Inflationsraten leiteten die Gewerkschaften mit offensiven Forderungen eine lohnpolitische Trendwende ein, um weitere Kaufkraftverluste zu vermeiden. Wie an den Beispielen der Deutschen Post, des öffent-

lichen Diensts, der Deutschen Bahn und der Süßwarenindustrie gezeigt wurde, wurden die Tarifauseinandersetzungen von einem neuen Selbstbewusstsein der Beschäftigten getragen, das zu einer ungewöhnlich hohen Beteiligung an Warnstreiks und nicht zuletzt auch zu vielen neuen Gewerkschaftsmitgliedern geführt hat. Die große öffentliche Präsenz der Tarifpolitik kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, dass nur noch die Hälfte der Beschäf-

tigten an einen Tarifvertrag gebunden ist. Deshalb bildete die Suche nach Wegen für eine Stärkung der Tarifbindung einen weiteren Schwerpunkt des Forums. Hierbei wurden einerseits aktuelle betriebliche Konflikte zur Durchsetzung von Tarifverträgen vorgestellt. Darüber hinaus wurde mit der aktuellen Debatte um ein Bundestarifreugesetz die Frage aufgeworfen, was der Staat tun kann, um die Tarifbindung zu stärken. ■

Von Thorsten Schulten

Ausführlicher Bericht unter: www.boeckler.de/

HSI

Wenckebach wechselt zur IG Metall



Foto: Dirk Hasskarl

Johanna Wenckebach, die seit Juli 2019 als Wissenschaftliche Direktorin das Hugo Sinzheimer Institut für Arbeits- und Sozialrecht (HSI) leitete, ist seit Januar als Justiziarin bei der IG Metall. Wenckebach nennt ihre Zeit in der Stiftung „vier-einhalb sehr gute Jahre“. Nun freut sie sich sehr auf die neue Tätigkeit, „weil ich immer einen engen Bezug zur Praxis hatte“. Vor ihrer Zeit am HSI arbeitete Wenckebach als wissenschaftliche Mitarbeiterin an den Lehrstühlen von Eva Kocher, Felix Welti und Guy Davidov. Sie war mehrere Jahre Tarifjuristin in der IG-Metall-Bezirksleitung Berlin-Brandenburg-Sachsen und stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende in der ostdeutschen Automobilindustrie. Wenckebach war auch Promotionsstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung. Sie ist ehrenamtliche Richterin am Bundesarbeitsgericht und Professorin für Arbeitsrecht an der University of Labour. Ernesto Klengel, der bereits am HSI arbeitet, übernimmt die Leitung kommissarisch, bis der Vorstand ihn im März endgültig ernennt. ■

Neues Kuratorium im Amt



Foto: Stephan Pramme

Gute Stimmung bei der ersten Sitzung in Berlin.

Im Berliner Hans-Böckler-Haus in der Zeithstraße fand am 23. November die konstituierende Sitzung des neuen Kuratoriums der Stiftung statt. Das Gremium, dessen 44 Mitglieder aus den Einzelgewerkschaften, dem DGB, den Stipendiaten und der Wissenschaft stammen und bis 2027 berufen sind, ist das Kontroll- und Beratungsorgan der Stiftung. Vorsitzende ist Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des DGB. Ihre Vertretung sind Beatrice Fiege, IG-Metall-Mitglied und Arbeitsdirektorin bei der Salzgitter AG, und Christoph Meister, der bei Verdi den Fachbereich Finanzdienstleistungen und Jugend leitet und für die Bildungsarbeit zuständig ist. ■

KURZ GEMELDET

Gute Prognose

Für 2023 hatten viele Fachleute einen massiven Absturz der Wirtschaft erwartet. Die beste Prognose für 2023 gab das Team des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) um Sebastian Dullien ab. Es lag mit seiner Vorhersage, dass die Wirtschaft um 0,3 Prozent schrumpfen würde, genau richtig. ■

Verstorben



Foto: express/HB/S

Otto Jacobi war so engagiert wie bescheiden – und viele Jahre Autor dieses Magazins. Prägend für den 1939 in Frankfurt geborenen Jacobi war ein Stipendium der damaligen Stiftung Mitbestimmung.

Es machte aus ihm einen politisch wachen Wissenschaftler, der bis 1990 am Institut für Sozialforschung tätig war. Jacobi prägte die Forschung zu industriellen Beziehungen mit und arbeitete am Europäischen Gewerkschaftsinstitut in Brüssel sowie an der Europäischen Akademie der Arbeit in Frankfurt. Für die Stiftung begründete er die Kooperation mit der Industrial Relations School an der Cornell University und pflegte sie als Gastprofessor. Er starb am 2. Januar dieses Jahres. ■



Foto: Alice Salomon Hochschule

Maren Stamer war erst im Jahr 2020 Vertrauensdozentin der Stiftung geworden. Bereits seit 2015 war sie Professorin für Methoden der Qualitativen Forschung im Gesundheits- und Sozialwesen

an der Alice Salomon Hochschule in Berlin gewesen. Zuvor war sie in Bremen tätig, wo sie promoviert hatte. Zu den Arbeitsgebieten der 1965 geborenen Wissenschaftlerin gehörte die qualitative Gesundheits- und Versorgungsforschung ebenso wie die Kommunikation, Interaktion und Partizipation im Kontext von Versorgungsprozessen, das Arbeitserleben im Gesundheitswesen und die palliative Versorgung. Sie starb am 27. Dezember des vergangenen Jahres. ■

Thema: Demokratie

STIFTUNG Wie stärken wir die Demokratie? Welchen Gefahren ist sie ausgesetzt? Und wie greifen demokratische Institutionen in Wirtschaft und Gesellschaft ineinander? Überall in der Stiftung wird an diesen Themen gearbeitet.

Von Kay Meiners



Fotos: Karsten Schöne (1, 4), privat (2, 11, 12), Stephan Pramme (3, 5, 6, 7), Manuela Zydor (8), Ulrich Baatz (9, 10)

TORBEN SCHWUCHOW hat als Doktorand am WSI über Arbeit, Würde und Demokratie geforscht. Er betont die zentrale Rolle würde- und respektvoller Arbeit für die Stabilität der Demokratie.



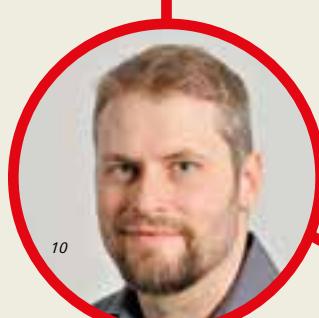
12

ANDREAS HÖVERMANN leitet das Projekt Soziale Lebenslagen, Transformation und demokratische Integration am WSI. Er forscht zu rechtspopulistischen und rechtsextremen Einstellungen in der Bevölkerung und untersucht, wie groß der Einfluss demokratischer Bedingungen am Arbeitsplatz darauf ist.



11

MARTIN BEHRENS leitet das Forschungsreferat Europäische Arbeitsbeziehungen. Er forscht am WSI zu aktuellen Herausforderungen der Betriebsratsarbeit und der Behinderung von Betriebsratsgründungen.



10

WOLFRAM BREHMER ist als Leiter des Referats Empirische Strukturanalysen unter anderem für die Betriebs- und Personalrätebefragung zuständig.



9

KATJA RIETZLER ist die Expertin für Steuer- und Finanzpolitik am IMK. Bei Vorschlägen zur Finanzierung von staatlichen Aufgaben und öffentlichen Investitionen geht es immer auch um eine gerechte Verteilung der Lasten.



8

Die Formen der Zusammenarbeit in der Hans-Böckler-Stiftung sind komplex und vielfältig. Dieses Format stellt ausschnitthaft und ohne Anspruch auf Vollständigkeit Beschäftigte vor, die an einem Querschnitts-thema arbeiten.

DURCHBLICK

Lebenslagen und Demokratie



Das WSI-Projekt untersucht, wie soziale Lebenslagen mit der demokratischen Integration der Bevölkerung zusammenhängen. Im Mittelpunkt stehen das Vertrauen in gesellschaftliche Institutionen, die demokratische Partizipationsbereitschaft und die Verbreitung von anti-demokratischen Einstellungen.

www.wsi.de/de/datenzentrum-informationen-zum-projekt-soziale-lebenlagen-38745.htm

Was Mitbestimmung bewirkt



Mitbestimmung ist Demokratie am Arbeitsplatz. Ein Forschungsüberblick zeigt, welche Vorteile diese Rechte

für die Beschäftigten haben. Sie erlauben es, die Verhältnisse mitzugesten. Das gefällt nicht allen: Viele Unternehmen nutzen daher Tricks zur Mitbestimmungsvermeidung, die zum Beispiel das EU-Recht bietet.

www.boeckler.de/de/auf-einen-blick-17945-21087.htm

Erwerbspersonenbefragung



Die Hans-Böckler-Stiftung begleitet regelmäßig die Arbeits- und Lebensbedingungen von Erwerbspersonen

in Deutschland. Die Veröffentlichungen behandeln Themen wie die Belastungen durch die Pandemie oder die Inflation, Verschwörungsdenken, die Entwicklung des Vertrauens in Gewerkschaften oder das aktuelle Umfragehoch der AfD.

www.wsi.de/de/datenzentrum-informationen-zur-erwerbspersonenbefragung-32066.htm

Die Streikexpertin

DIE JURISTIN YU-FAN CHIU setzt das Thema Arbeitsrecht in Taiwan auf die akademische Agenda.

Von Andreas Schulte – Foto Daniel Ceng

Für Yu-Fan Chiu war der Beruf der Juristin lange Zeit nur einer unter vielen. In ihrer Heimat studierte die Taiwanesin daher mit eher überschaubarer Leidenschaft. Sie habe sich für Jura entschieden, weil das damals sehr angesesehen war, sagt sie heute. Bei Laune hielt sie sich, indem sie Vorlesungen und Seminare anderer Fächer besuchte. „Vor allem Philosophie und Soziologie hatten es mir angetan“, erzählt sie.

Doch dann machte es eines Tages trotzdem klick: In den Nullerjahren schwäppte aus Japan das Thema Arbeitsrecht nach Taiwan herüber. Ein Professor, der dort promoviert hatte, brachte es auf Chius Lehrplan. Das Forschungsgebiet elektrisierte die angehende Juristin, die sich dann auch gleich mit einer Aktivistengruppe für die Rechte von Beschäftigten einsetzte.

Arbeitslose etwa erhielten in jener Zeit vom Staat kaum Unterstützung. In einem Unternehmen beispielsweise erkrankten viele Beschäftigte an Krebs, weil der Betrieb jahrelang mit verunreinigtem Wasser gearbeitet hatte. Als Berufskrankheit wurde dies nicht anerkannt. „Die Arbeitnehmerschaft hatte nur eine schwache Lobby, die von der Regierung nicht ernst genommen wurde“, erzählt Chiu. Niemand vermochte sich gegen die Unternehmen durchzusetzen. „Gewerkschaften gab es damals nur innerhalb von Unternehmen“, sagt Chiu. „Sie konnten zwar mit dem Arbeitgeber verhandeln, aber es gab kein Mitbestimmungsgesetz und ein gewerkschaftliches Streikrecht nur in Ansätzen.“

Wöchentlich geht sie mit ihren Mitstreitern auf die Straße. Doch es bringt wenig.

„Die Zeit war noch nicht reif. Wir haben nichts erreicht“, räumt sie ein. Ihr Engagement zeichnet aber den Weg für die persönliche Karriere vor. Im Jahr 2005 heuert sie bei der Taiwan-Telecom-Gewerkschaft als Rechtsanwältin an. Im Jahr 2008 macht sie in Taiwan ihren Master. Thema war die Zulässigkeit von Streikposten in Taiwan.



Yu-Fan Chiu zu Studienzeiten

über alternative Streikformen ab. Dabei hilft ihr ein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung, auf die sie eher durch Zufall im Internet gestoßen ist.

Chiu erinnert sich gern an die Zeit ihres Studiums in Deutschland samt Praktikum bei der IG Metall. Bis heute pflegt sie den regelmäßigen Austausch mit Forschenden in Göttingen und mit Gewerkschaften. Fast jährlich kommt sie zu Besuch. Aber in Deutschland sesshaft zu werden, kommt für sie trotzdem nicht infrage. „Ich setze mich für die Rechte von Arbeitnehmern ein“, sagt sie. „Und da gibt es in Taiwan viel mehr zu tun als in Deutschland.“ Zwar existiert auch dort mittlerweile ein Arbeitsrecht nach westlichem Zuschnitt, doch vieles ist neu und wird noch nicht gelebt.

Das Jahr 2016 allerdings habe vielen Taiwanesen die Augen geöffnet: Bei einem Streik für bessere Arbeitsbedingungen legen rund 2500 gewerkschaftlich organisierte Flugbegleiter Teile des Luftverkehrs lahm. Der Streik ist nicht verboten, aber wohl nur möglich, weil die in diesem Jahr neu gewählte Regierung Verständnis für die Arbeitsniederlegung signalisiert. „Seither gibt es ein Umdenken in Taiwan“, sagt Chiu.

Auf dieser Welle reitet die mittlerweile 44-jährige Juristin. Ihre Kurse und Workshops an der Yang-Ming-Chiao-Tung-Nationaluniversität sind sehr gut besucht. Während Arbeitsrecht in Deutschland als bewährte Errungenschaft wahrgenommen wird, ist es in Taiwan en vogue. „Die Beschäftigung mit dem Arbeitsrecht boomt“, sagt die außerordentliche Professorin Yu-Fan Chiu. Daran hat sie ihren Anteil.



Yu-Fan Chiu sieht ihren beruflichen Platz
in ihrer taiwanesischen Heimat.

EVENTS TERMINE, DIE SICH LOHNEN

Foto: Johnny Haglund



Von Minen und Menschen

Die Ausstellung „Man & Mining“, die vom Weltkulturerbe Völklinger Hütte in Kooperation mit dem Museum der Arbeit in Hamburg erarbeitet wurde, zeigt anhand künstlerischer Positionen die Bedingungen des gegenwärtiger Ressourcenabbaus mitsamt seinen Folgen für die vor allem im globalen Süden im Bergbau arbeitenden Menschen. Kunstinstallationen, Foto- und Videoarbeiten von dem Künstlerkollektiv Unknown Fields, Danny Franzreb, Johnny Haglund, Pieter Hugo, Lu Guang, Andrea Mancini, Lisa Rave, Sebastião Salgado und Gabriella Torres-Ferrer lassen ein weltumspannendes Panorama entstehen. Ziel der Ausstellung ist es, die Asymmetrien des weltweiten Rohstoffabbaus und die konkreten Folgen für die Menschen im globalen Süden mit einer Diskussion unseres Konsumverhaltens zu verbinden. ■

Bis 1. Mai in Hamburg,
Museum der Arbeit
info@mda.shmh.de

Dialogreihe „Künstliche Intelligenz“

Der DGB hat eine Informations- und Austauschreihe zur Bedeutung von Künstlicher Intelligenz (KI) für Arbeit und Gesellschaft gestartet. Alle vier Wochen steht ein Spezialthema im Fokus. Den Anfang machte im Januar: „Macht ChatGPT dumm? KI in der Bildung“. Es folgen „Alles Fake? ChatGPT in Kultur und Medien“ (22. Februar), „Besonders sensibel: KI in der Pflege“ (14. März) und „Gut fürs Klima? KI und Nachhaltigkeit“ (18. April). Der jeweils einstündige Austausch – mit Praxisbeispielen, wissenschaftlichen Beiträgen, Videos und wichtigen Terminen – erfolgt digital über MS Teams.

Info und Anmeldung:

grundsatza@dgb.de



Foto: DGB/Cleg Dudko

Workshop Plattformarbeit

Gemeinsam mit dem Institut für Arbeitsrecht und Arbeitsbeziehungen in der EU der Universität Trier lädt das Hugo Sinzheimer Institut zu einem Workshop über die Regulierung der Plattformarbeit. Im Mittelpunkt steht der vom Europäischen Parlament vorgelegte Entwurf einer Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen von Plattformbeschäftigten.

21. März in Frankfurt/Main

Amélie Sutterer-Kipping, HSI
 Telefon: 0 69/66 93-29 22
amelie-sutterer-kipping@boeckler.de

Deutschlands Rolle in der EU

Zu einer Diskussion über Deutschlands Rolle in Europa lädt die Friedrich-Ebert-Stiftung nach Stuttgart. Markus Preiß, Leiter des ARD-Studios in Brüssel, wird mit dem SPD-Europaabgeordneten René Repasi unter anderem über die Thesen seines Buchs „Angezählt. Warum ein schwaches Deutschland Europa schadet“ debattieren.

29. Februar in Stuttgart

Florian Koch, Friedrich-Ebert-Stiftung
 Telefon: 07 11/24 83 94-40
florian.koch@fes.de

Vom Plan zum Markt

Zwei aktuelle Buchveröffentlichungen über ostdeutsche Betriebe in der Transformation von der Plan- zur Marktwirtschaft stehen im Mittelpunkt einer Podiumsdiskussion, zu der das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin und die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung nach Berlin einladen: Jessica Lindner-Elsner untersucht in „Von Wartburg zu Opel“ am Beispiel eines Automobilherstellers den Zusammenhang von Arbeit und sozialen Ungleichheiten. Der Untersuchungszeitraum erstreckt sich von 1970 bis 1992 und schließt damit die Zeit ein, in der das Altwerk durch Treuhandbeschluss liquidiert wurde und sich Opel in Eisenach ansiedelte. Eva Lütke-meyer beschreibt in „Wendemanöver“ den Kampf um die Privatisierung der ostdeutschen Werften bis 1994, eine der schwierigsten Aufgaben der Treuhandanstalt. Die Autorin analysiert die Ge-mengelage aus ökonomischen Zwängen und Hoffnungen der Beschäftigten und untersucht die Handlungsspielräume von Bundesregierung, Landesregierung und Treuhandanstalt.

7. Mai in Berlin

Anmeldung unter: willy-brandt.de/ausstellungen/veranstaltungen/von-der-planwirtschaft-zur-marktwirtschaft/



“

Betriebsratsvergütung – eine Frage der Gerechtigkeit

ERNESTO KLENGEL vom Hugo Sinzheimer Institut geht den Hintergründen nach.

Betriebsräte engagieren sich für ihre Betriebschaften und die Mitbestimmung. Die richtige Vergütung für sie ist daher eine Frage der Gerechtigkeit, die aktuell aufgrund eines Strafurteils wieder intensiver diskutiert wird. Dabei trifft das Gesetz einige schnörkellose Aussagen: Betriebsräte übernehmen nach dem Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) ein Ehrenamt, für das sie ganz oder stundenweise von der Arbeit bezahlt freigestellt werden. Aus ihrem Amt sollen ihnen weder Vor- noch Nachteile erwachsen. Daher besagt das BetrVG, dass das Entgelt „nicht geringer bemessen werden (darf) als das Arbeitsentgelt vergleichbarer Arbeitnehmer mit betriebsüblicher beruflicher Entwicklung.“

In der Praxis gehört zur Übernahme des Betriebsratsamts auch Mut. Gerade in kleinen und mittelgroßen Betrieben weht Betriebsräten nicht selten ein harter Wind entgegen. Oft müssen sie Nachteile für ihr persönliches Fortkommen in Kauf nehmen.

So stellen Gerichte an den Nachweis, was im Rahmen der „betriebsüblichen beruflichen Entwicklung“ ein vergleichbarer Karriereschritt für den Betriebsrat gewesen wäre, sehr hohe Anforderungen. Das Ergebnis: Stellt sich der Arbeitgeber quer, ist es fast aussichtslos, eine betriebsübliche Vergütungsentwicklung geltend zu machen. Auch die Qua-

lifikationen, die Betriebsratsmitglieder bei der Ausübung ihres Ehrenamts erwerben, sollen nach der aktuellen Rechtslage keine ausreichende Berücksichtigung finden. Der DGB kritisiert dies schon lange und hat Lösungen im „Entwurf für ein modernes Betriebsverfassungsgesetz“ vorgelegt.

Den Anlass für die neue, berechtigte Auslegung hat ein Strafsenat des Bundesgerichtshofs (BGH) gegeben. Er hat in einem aktuellen Verfahren nicht nur sehr hohe Anforderungen an den Nachweis einer positiven Vergütungsentwicklung gestellt. Sollte man Anforderungen für den Nachweis der „hypothetischen Karriere“ nicht nachkommen können, winkt als harte Sanktion unmittelbar das Strafrecht. Durch diese Auslegung wird der vom Gesetz bezeichnete Schutz vor Benachteiligung in sein Gegenteil verkehrt. Viele Betriebsräte sind verärgert, weil solche Entscheidungen das Zeug dazu haben, die Mitbestimmung als Ganzes in Misskredit zu bringen.

Hinzu kommen handfeste Folgen: Landauf, landab berichten Betriebsräte davon, dass Unternehmen die bisherige Praxis zur Vergütung infrage stellen. Dies hat zwar nichts mit der Entscheidung zu tun, erschwert aber die Betriebsratsarbeit und zieht zahlreiche neue Gerichtsverfahren nach sich. Noch schwerwiegender aber ist das langfristige Problem:

Es wird schlicht schwerer, die Besten für das Amt zu gewinnen oder im Amt zu halten.

Im Auftrag des Bundesarbeitsministeriums hat nun eine Expertenkommission einen Vorschlag erarbeitet, die Betriebsratsvergütung gerecht und rechtssicher zu regeln, den die Bundesregierung als Gesetzentwurf eingebracht hat. Im Wesentlichen werden darin die bisherigen Leitlinien des Bundesarbeitsgerichts in Gesetzesform gegossen, die Problematik der Strafbarkeit nach dem BGH-Urteil wird entschärft. So wird klarer gefasst, worauf es ankommt, um die Kolleginnen und Kollegen zu bestimmen, die für die Entgeltentwicklung im Laufe der Karriere als vergleichbar gelten. Besonders innovativ: Der Kreis kann im Voraus zwischen Betriebsrat und Arbeitgeber vereinbart werden. Allerdings muss der Arbeitgeber mitziehen. Tut er es nicht, kann es weiter zu Nachteilen aufgrund der Betriebsratsarbeit kommen.

Diese Reform sollte bald umgesetzt werden, da sie für den Status Quo wichtige Fragen klärt. Ein Schlusspunkt unter die Diskussion über eine gerechte Betriebsratsvergütung wird damit aber nicht gesetzt. ■

ERNESTO KLENGEL ist Wissenschaftlicher Direktor des Hugo Sinzheimer Instituts (kommissarisch).

Gut zu wissen

DIGITALE ÜBERWACHUNG Der österreichische Datenexperte Wolfie Christl analysiert die Gefahren des algorithmischen Managements, das längst in der Praxis vieler Unternehmen angekommen ist.



Schon das Cover bannt den Leser. Indirekte Steuerung über den gesamten Prozess der Optimierung des Personaleinsatzes kann man hier auf einem dystopisch anmutenden „Dashboard“ mit zwei Dutzend Monitoren und einer roten „Feuern“-Taste bewundern. Böser Sarkasmus? Die Überzeichnung einer fiesen digitalen Zukunft? Das

mag man denken – bis man anfängt zu lesen. Die digitalen Nachfahren der „wissenschaftlichen Betriebsführung“ von Frederick Winslow Taylor sind längst in der deutschen und österreichischen Arbeitswelt angelangt. Nicht nur als zweifelhafte Offerten von Tech-Start-ups, sondern auch als reale Methoden zur Steuerung der Arbeit – bei Amazon, Zalando und fünf weiteren als Fallbeispiele dargestellten kleineren Unternehmen in Österreich.

Was der österreichische Datenexperte und Netzaktivist Wolfie Christl beschreibt, klingt aus Managerperspektive durchaus reizvoll. Derartige Systeme haben „alles im Griff“ und steuern effizient die Beschäftigten. Wer sich nicht gut manövriert lässt oder bestimmten Anforderungen nicht (mehr) genügt, wird markiert und bei passender Gelegenheit ausrangiert.

Christl gibt einen umfassenden Überblick über die Literatur zum algorithmischen Management und verbindet dies mit eigenen Überlegungen. Allein die so entwickelte „Landkarte betrieblicher Datenpraktiken und Systeme“ lohnt einen genauen Blick. Der Hunger auf Beschäftigertaten wird nicht allein durch sogenannte HR-IT gestillt, sondern durch alle Systeme, die in der Arbeitswelt zur Kontrolle und Steuerung betrieblicher Kernaufgaben genutzt werden. Hierzu gehören Logistiksoftware und sogenannte Enterprise-Resource-Planning-Systeme wie SAP, aber auch Tools für Kommunikation und Zusammenarbeit. Selbst die Auswertung von Social-Media-Aktivitäten, zum Beispiel zur Ermittlung möglicher Kündigungsabsichten von Beschäftigten, ist inzwischen technisch möglich. Die SAP-Software

SuccessFactors wiederum ermöglicht es, maschinell Beschäftigte als „seriously underperforming“ zu identifizieren. Andere Systeme können Aufgaben identifizieren, die das Potenzial haben, Beschäftigte durch Automatisierung zu ersetzen.

Die Studie offenbart, wie real die Gefahr der Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz bereits ist. Jedes Kapitel bietet hier eine neue Perspektive. So erfährt man beispielsweise, wieso Amazon-Fahrer immer wieder durch eine besonders risikobereite Fahrweise auffallen: Es sind die automatisierten Routenplanungssysteme, die entsprechende „Anreize“ schaffen.

Lehrreich ist auch die wirtschaftsgeschichtliche Einordnung. Sie macht deutlich, dass die Nutzung von Daten zur Effizienzsteigerung und Optimierung von Arbeitsprozessen kein neues Phänomen ist, sondern im Controlling und in der Qualitätssicherung schon seit Längerem gängige Praxis ist. Die Möglichkeiten zum „Raten und Ranken“ haben viele Unternehmen und ihre Führungskräfte bereits im „voralgorithmischen Zeitalter“ genutzt.

Betriebs- und Personalräte finden in diesem Buch viele Argumente für ihren Kampf um eine menschliche Gestaltung der digitalen Arbeitswelt. Auch wenn die Studie nicht mehr ganz frisch ist: Sie bietet einen kompakten, umfassenden und anschaulichen Überblick über Anwendungsfelder und Gefahren des algorithmischen Managements. ■

Von Jan-Paul Giertz

Wolfie Christl: **Digitale Überwachung und Kontrolle am Arbeitsplatz**. Von der Ausweitung betrieblicher Datenerfassung zum algorithmischen Management? Wien, Cracked Labs 2021. Abrufbar unter crackedlabs.org/dl/CrackedLabs_Christl_UeberwachungKontrolleArbeitsplatz.pdf

Fazit

**HILFREICHE INFORMATIONSSQUELLE
FÜR BETRIEBSRÄTE ZUR ÜBERWACHUNG
AM ARBEITSPLATZ**

Armutsfester Sozialstaat

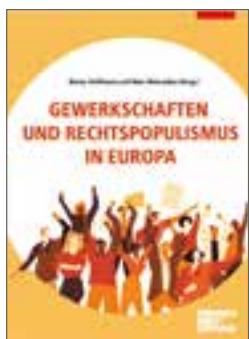


„Bürgerhartz“ nennen die Autorinnen dieses Buches das neue Bürgergeld. Die „DNA der Hartz IV-Gesetzgebung“, so ihre Grundthese, ist auch nach der Reform „unverändert“. Sie belegen dies mit einer Vielzahl von anschaulichen Einzelbeispielen aus dem Alltag der Leistungsbezieher sowie eher grundsätzlichen Ausführungen zum Verhältnis menschlicher Würde und deutscher Sozialstaatlichkeit, auch im Lichte der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zum Existenzminimum. Als Alternative schlagen Steinhaus und Cornelsen in Übereinstimmung mit dem Paritätischen Wohlfahrtsverband die Anhebung der Regelleistung auf „armutsfeste“ 725 Euro (statt 563 Euro) vor und fordern die Abschaffung aller Sanktionen. ■

Von Dirk Mante

Helena Steinhaus/Claudia Cornelsen: **Es braucht nicht viel.** Wie wir unseren Sozialstaat demokratisch, fair & armutsfest machen. Frankfurt/M., S. Fischer Verlag 2023. 256 Seiten, 24,00 Euro

Rechtspopulismus in Europa



Der Sammelband der Friedrich-Ebert-Stiftung, der erfreulicherweise sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch erschienen ist, umfasst zwölf Länderstudien zum Rechtspopulismus: Dänemark, Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Norwegen, Österreich, Portugal, Schweden, Slowenien und Spanien. Der Band ist ausgezeichnet recherchiert und geschrieben, doch fällt auf, dass bis auf Norwegen zwar alle Länder EU-Mitglieder sind, aber mit Slowenien nur eines der neuen EU-Mitglieder seit 2004 dabei ist. Das ist ein Manko, das bei einer Aktualisierung behoben werden sollte. ■

Von György Széll

Reiner Hoffmann/Marc Meinardus (Hrsg.): **Gewerkschaften und Rechtspopulismus in Europa.** Bonn, FES 2023. 301 Seiten, Open Access

DREI FRAGEN AN LEENA SIMON



Leena Simon ist Altstipendiatin der Hans-Böckler-Stiftung, Netzaktivistin und Autorin des Buches „Digitale Mündigkeit“.

Was bedeutet digitale Mündigkeit?

Es bedeutet, dass ich mir zunächst einmal bewusst werde, dass es Probleme geben könnte mit meinem Verhalten im Internet. Nur dann kann ich die Konsequenzen meiner digitalen Entscheidungen für mich, aber auch für andere bedenken und dafür Verantwortung übernehmen.

Welche Probleme sind das?

Das Internet kostet uns meist kein Geld, aber es kostet uns unsere Privatsphäre. Doch die meisten Menschen stellen sich gar nicht mehr die Frage, ob sie sich einer Firma ausliefern wollen, die ihre Stimmungen kennt oder ihnen sogar sagt, in welcher Stimmung sie sich gerade befinden. Sie haben aber auch zunehmend keine Wahl mehr. Zur digitalen Mündigkeit gehört auch, dass ich Nein sagen kann. Wenn ich aber den Sparpreis bei der Bahn nur noch über die App bekomme, habe ich keine Wahl. Wir sind daher gegen einen Digitalzwang.

Wie können wir das verhindern?

Als Einzelne können wir Akzente setzen. Den Großteil der Verantwortung sehe ich aber beim Staat. Er muss die Rahmenbedingungen für digitale Mündigkeit schaffen, etwa die Freiheit, sich auch gegen eine digitale Anwendung entscheiden zu können. So wie die digitale Welt jetzt ist, kann die Demokratie nur verlieren. Die Technik begeistert mich, vor allem die unzähligen Möglichkeiten, die sie uns als Gesellschaft und der Demokratie bietet. Gerade deshalb müssen wir kritisch bleiben und verantwortungsvoll mit ihr umgehen. ■

Die Fragen stellte Fabienne Melzer.

Unterschiede bleiben bestehen



Wenn ab 2027 in der Europäischen Union neue Regeln für den CO₂-Emissionshandel gelten, dürften die Kosten für Heizen und Verkehr deutlich steigen. Während bis Ende 2023 eine Tonne CO₂ mit etwa 30 Euro zu Buche schlug (ab Anfang 2024 auf 45 Euro erhöht), rechnen Fachleute ab 2027 mit Preisen bis zu

300 Euro. Die Bundesregierung will die zusätzliche Belastung durch Auszahlung einer Pro-Kopf-Pauschale, das sogenannte Klimageld, ausgleichen, wenn auch noch unklar ist, wann die Auszahlung beginnt. Lindner erwartet Klimageld-Auszahlung frühestens 2026. „Ich gehe als Realist davon aus, dass es erst in der nächsten Legislaturperiode eine Auszahlung gibt“, so Lindner. Doch das Klimageld dürfte für einen erheblichen Teil der Haushalte ohnehin nicht reichen. Zu diesem Ergebnis kommt Lukas Endres vom Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung.

Anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe des Statistischen Bundesamtes hat Endres berechnet, wie sich die pauschale Erstattung auf unterschiedliche Haushalte auswirkt. Dabei legt er einen Preis von 275 Euro pro ausgestoßener Tonne CO₂ zugrunde. Seine Berechnungen zeigen ein recht differenziertes Bild an Be- und Entlastungen. Verbrauchsstarke Haushalte, die über mittlere oder untere Einkommen verfügen, werden im Verhältnis zu ihrem Einkommen stark belastet. Einkommensschwache Haushalte mit geringem Verbrauch profitieren dagegen von der Pauschale.

Da Vermieter einen Teil der CO₂-Kosten tragen müssen, wenn die Wohnung nicht ausreichend gedämmt ist, würde die Mehrheit der Miethaushalte eine Pauschale erhalten, die ihre Kosten für CO₂-Emissionen deutlich übersteigt. Wer Eigentum bewohnt, sich in der unteren Hälfte der Einkommensverteilung bewegt und in einer schlecht gedämmten, mit fossiler Energie beheizten Unterkunft lebt, müsste dagegen erheblich draufzahlen. Auch Landbewohner benachteilige die Pauschale, da sie häufiger aufs Auto angewiesen sind als Stadtbewohner. Endres hält daher ein pauschales Pro-Kopf Klimageld für wenig zielflugig. ■

Von Fabienne Melzer

Lukas Endres: **Verteilungswirkung der CO₂-Bepreisung in den Sektoren Verkehr und Wärme mit Pro-Kopf Klimageld.** Ergebnisse einer Analyse der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. IMK Policy Brief Nr. 161, Dezember 2023

Durchwachsene Halbzeitbilanz



Im WSI-Report 91 ziehen Dorothee Spannagel, Claus Schäfer und Florian Blank eine durchwachsene Halbzeitbilanz der Sozialpolitik der Ampel-Regierung. Das Ergebnis zeigt Fortschritt, Stagnation, aber auch Rückschritt. So begrüßen die Autoren das Bürgergeld und Verbesserungen beim BAföG, merken aber an, dass es nicht nur um ein effizienteres System gehen kann, und fordern vielmehr eine Debatte um das menschenwürdige Existenzminimum.

Gleich zu Beginn weiten sie auch den Begriff der Grundsicherung aus, zu der nach ihrem Verständnis nicht nur Geldleistungen, sondern auch eine funktionierende staatliche Infrastruktur gehören. ■

Von Fabienne Melzer

Florian Blank/Claus Schäfer/Dorothee Spannagel: **Signalstörung der Ampel bei der Grundsicherung.** WSI Report Nr. 91, November 2023

Sie wollen mehr Publikationen aus der Hans-Böckler-Stiftung?



Besuchen Sie boeckler.de (Veröffentlichungen).

Nachhaltiger durch Mitbestimmung



Der schonende Umgang mit Ressourcen und die Verantwortung gegenüber den Menschen entlang der Produktionskette beschäftigen inzwischen viele Unternehmen, nicht zuletzt dank Vorschriften wie dem Lieferkettengesetz oder der Pflicht zur Berichterstattung. Welche Rolle die Mitbestimmung bei der sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit spielt, hat Robert Scholz untersucht. Um ihren Einfluss zu messen, nutzt er unter anderem den Mitbestimmungsindex von Unternehmen und ihr Abschneiden in Nachhaltigkeitsrankings. Seine Regressionsanalyse bestätigt einen positiven Zusammenhang zwischen Mitbestimmung und Nachhaltigkeit. ■

Von Fabienne Melzer

Robert Scholz: **Unternehmensmitbestimmung und die sozialökologische Transformation.** Zusammenhang zwischen Mitbestimmungsindex und ESG-Kriterien in börsennotierten Unternehmen. Mitbestimmungsreport Nr. 79, Dezember 2023

DAS POLITISCHE LIED



Christiane Rösinger: Eigentumswohnung (2017)

Der Kapitalismus ist an allem schuld
 Wir sind am Ende unsrer Geduld
 Wir leben eigentlich selber prekär
 Wenn nur das mit der Wohnung nicht wär

DER CHOR DER ERBEN

Die Mieterin hat sich den Wecker gestellt. Noch kurz Zähne putzen, da klingelt es schon an der Tür. Eine ganze Kolonne von Menschen schlurft in die Wohnung, alle ungefähr in der Lebensmitte, ein paar Kinder sind dabei, und alle schauen sich unverhohlen um, als würde das alles schon ihnen gehören. Die Mieterin, die hier immerhin noch wohnt, beachten sie gar nicht.

Christiane Rösinger singt dazu: „Von den Eltern zur Belohnung/und zur eigenen Nervenschonung/und zur ständigen Naherholung/kriegen wir jetzt eine Eigentumswohnung.“ Die etwas verschämte Formulierung, wir „kriegen“ eine Eigentumswohnung, zeigt schon: So ganz wohl ist ihnen bei der Sache nicht, aber was soll man tun, wenn die Eltern es nur gut meinen mit einem? Lakonisch lässt Rösinger den Chor der Erben singen: „Wir leben eigentlich selber prekär, wenn nur das mit der Wohnung nicht wär.“ Da steht sie im Raum, die Klassenfrage.

Christiane Rösinger wuchs auf einem Bauernhof bei Rastatt auf. Mitte der 1980er Jahre zog sie, alleinerziehend, zum Studium nach Berlin. Mit Almut Klotz und Funny van Dannen gründete sie die Lassie Singers. Mit rumpeligem DIY-Indie-Charme beklagte die

Band das Nervpotenzial öffentlich zur Schau gestellter Zweierbeziehungen („Pärchen verpisst euch, keiner vermisst euch!“), verweigerte sich demonstrativ dem Leistungsdenken („Wir wollen nämlich gar nicht besser sein“) und genoss in Studi-Kreisen schnell Kultstatus.

Berlin-Kreuzberg, damals ein armer Randbezirk im Schatten der Mauer, zieht Paradiesvögel und Verrückte aus der ganzen Bundesrepublik an, Kreative und Alternative sowie Männer, die hier dem Wehrdienst entgehen. Das Leben ist so günstig, dass ein Nebenjob reicht, die Selbstverwirklichung zu finanzieren. Das gilt sogar noch einige Jahre nach dem Mauerfall. „Damals war es einfacher, den Lebensunterhalt zu verdienen. Die Leute hatten weniger Angst, ihre Wohnung zu verlieren. Es war eine unbeschwertere Zeit“, erinnert sich Rösinger in einem Radiointerview.

Mittlerweile veröffentlicht sie Alben unter eigenem Namen, schreibt Bücher und Zeitungsartikel, kuratiert die Veranstaltungsreihe „Flittchenbar“, schreibt und inszeniert Musicals und Theaterstücke, zuletzt die Agitpropshow „Die große Klassenrevue“. An zwei Tagen in der Woche gibt sie Geflüchteten Deutschunterricht. Nichts, womit man reich werden würde.

„Wenn man jünger ist, sieht man die Klassenunterschiede nicht“, erklärt Rösinger einmal. „Da haben halt alle wenig Geld und spartanische Wohnungen.“ Schon damals, meint sie, hätte auffallen können, dass einige gar nicht arbeiten mussten.

Doch jetzt, wo eine Generation in das Alter kommt, in dem man erbt, wird das Machtgefälle sichtbar: Wer hat, kann die anderen verdrängen. Dass sich in den Nachkriegsjahren im Westen deutlich mehr Wohlstand zum Vererben angesammelt hat als im Osten, ist dabei noch nicht einmal erwähnt.

Seit 1986 wohnt Rösinger in der gleichen Kreuzberger Wohnung – zur Miete. Vor ein paar Jahren wurden die Wohnungen in ihrem Haus einzeln verkauft und in Eigentum umgewandelt. Auch bei ihr ließen schon Kaufinteressenten durch die Zimmer. Es ist die Wohnung, die im Video zu sehen ist. ■

Von Martin Kaluza

Das Lied hören/ansehen:
<https://www.youtube.com/watch?v=ZjG0QexXH8w>

Geld fürs Gemeinwohl



www.netzwerk-steuergerechtigkeit.de/

Eine faire Steuergesetzgebung ohne Schlupflöcher, starke öffentliche Finanzen und eine am Gemeinwohl orientierte Finanzpolitik – das sind die Ziele des Netzwerks Steuergerechtigkeit. Mitglieder sind Gewerkschaften, kirchliche Organisationen und NGOs.

Zwei Schwerpunkte des Netzwerks, das mit seiner Expertise regelmäßig in den Medien präsent ist, sind die Unternehmensbesteuerung und die relativ niedrigen Steuern für Vermögende – diese zahlen effektiv und prozentual gesehen weniger Steuern als Normalverdiener, weil sie überwiegend von Kapitalerträgen leben, die niedriger besteuert werden als Arbeitseinkommen, und mehr Möglichkeiten haben, Steuern zu vermeiden. Auch hohe Freibeträge bei der Erbschaftsteuer gerade bei Betriebsvermögen begünstigen Vermögende. Um dem entgegenzutreten, fordert das Netzwerk ein gerechteres Steuersystem, eine gleichmäßige progressive Besteuerung aller Einkunftsarten und das Ende von Steueroasen und Steuerflucht durch eine bessere Vernetzung der Finanzbehörden. Das

Netzwerk macht zudem eigene Reformvorschläge zur Erbschaftsteuer.

Die Webseite des Netzwerks bietet umfangreiche Analysen und Informationen. Im Blog werden jeden Monat aktuelle finanzpolitische Debatten und Entwicklungen aus der Perspektive der Steuergerechtigkeit analysiert so wie aktuell die Debatte um die Schuldenbremse. Zweimal im Monat gehen die Expertinnen und Experten in ihrem Podcast thematisch in die Tiefe: Dort diskutieren sie Themen wie die Defizite bei der Steuerfahndung (die reichsten ein Prozent der Steuerpflichtigen sind laut Netzwerk für 25 Prozent der hinterzogenen Steuern verantwortlich) oder das Problem der Briefkastenfirmen.

Von Gunnar Hinck

Fazit

**GUTE HINTERGRÜNDE FÜR
EINE STEUERDEBATTE**

PODCASTS UND APPS

Spielerisch zum Umgang mit Daten

Die App des Volkshochschulverbands „Stadt, Land, Datenfluss“ macht Spaß, und man lernt gleichzeitig viel über den Umgang mit Daten und Digitalisierung. Der Nutzer klickt sich durch Quizfragen, die nach den Themen Arbeit, Mobilität und Gesundheit unterteilt sind. Es geht nicht nur um starre Ja- oder Nein-Antworten, sondern das Spiel weist durch kurze Erläuterungen auf die Risiken bei der Nutzung digitaler Techniken wie Smarthome und der digitalen Kommunikation hin. Für den beruflichen Austausch mit der Kollegin die private Chat-App nutzen? Keine gute Idee! Es gibt ein Glossar, Erklärvideos und Interviews mit Experten. ■■■

[App Store und Google Play](#)

Podcasts zur politischen Bildung

Die Bundeszentrale für politische Bildung bietet mehrere spannende Podcasts an. Die Volontäre der BpB betreiben einen eigenen („Schere, Stein, Politik“) ebenso wie das Jugendmagazin „fluter“ („Große Frage, kleine Pause“). Bei Letzterem geht es unter anderem um die Ursachen der Nahrungsmittelknappheit. Außerdem gibt es Podcast-Reihen zu speziellen Themen. Empfehlenswert: der Podcast „Meine Welt und das Geld“, der aktuelle Wirtschaftsfragen wie die Ursachen der Inflation diskutiert. ■■■

www.bpb.de/mediathek/

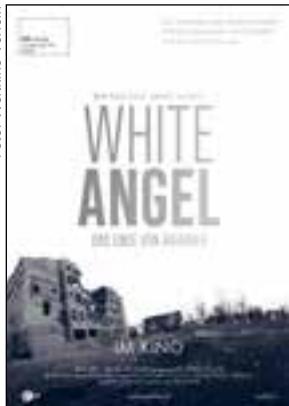
STIFTUNG ONLINE

Presseschau des IMK

Unter dem Motto „Wirtschaftspolitik in Krisenzeiten“ fasst das Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung seine Veröffentlichungen und regelmäßige Erwähnungen in den Medien zusammen und verlinkt sie. Aktuelle Themen sind die drohende Rezession und der Streit um die Schuldenbremse. Die wahrscheinliche Rezession mache eine Reform der Schuldenbremse und mehr öffentliche Subventionen nötig. Angesichts der derzeitigen Mehrheitsverhältnisse schlägt IMK-Direktor Sebastian Dullien vor, die Möglichkeiten für zusätzliche Kredite innerhalb der Schuldenbremse besser zu nutzen. ■■■

www.imk-boeckler.de/de/wirtschaftspolitik-in-krisenzeiten-24882.htm

Foto: Weltkino-Verleih

**„White Angel“.**

D 2023. Regie: Arndt Ginzel. ZDF-Sendetermin: 20. Februar 2024 und in der ZDF-Mediathek

FILMTIPP

Die Folgen des Krieges

Die Granate sei gerade eingeschlagen, als sie ihre Tiere fütterte, berichtet Vera Glazunova. Die 73-jährige Rentnerin lebt in Marinka, einem Ort in der Ostukraine. Die russische Armee hat die Kleinstadt im Sommer 2022 beschossen. Vera Glazunova wurde verletzt und wie viele andere evakuiert.

Zuständig dafür ist die Polizeigruppe „White Angel“, deren Arbeit der Journalist Arndt Ginzel mit der Kamera begleitet hat. Daraus ist der Film „White Angel. Das Ende von Marinka“ entstanden. Er zeigt die Folgen des Krieges in der Ukraine aus der Perspektive derjenigen, die Tote und Verletzte bergen, Spuren sichern, den Krieg dokumentieren.

Vasyl Pipa ist täglich mit seinem Rettungswagen unterwegs, um Menschen aus der Kriegszone zu holen. Immer dabei ist die Helmkamera, mit der er die Einsätze filmt. Sie erlaubt Einblicke in ein Kriegsgeschehen, das massive Auswirkungen auf die Zivilbevölkerung hat.

Ginzel ist nicht hauptberuflich Dokumentarfilmer, der Film ist ein Nebenprodukt seiner Arbeit als TV-Journalist. Der Spezialist für Ost- und Südeuropa arbeitete für das ZDF und den MDR in der Ukraine, als ihm die Polizisten um Pipa 40 Stunden Filmmaterial aus ihren Helm kameras übergaben. Er sichtete und schnitt einen 90-Minuten-Film daraus, der das letzjährige Dokumentarfilmfest in Leipzig eröffnete.

Kriegsfolgen ins Bild zu bekommen ist Ginzels Arbeitsinhalt. Bereits als Student begann der heute 51-jährige, vielfach prämierte TV-Mann mit dem Journalismus, reiste zu Beginn der 1990er Jahre oft auf den Balkan, wo der Bürgerkrieg tobte. Dass er dorthin fahren konnte, verdankte er auch der finanziellen Absicherung durch sein Stipendium der Hans-Böckler-Stiftung, für das sich das damalige IG Metall-Mitglied nach einer Ausbildung zum Zerspanungstechniker und Abitur auf der Abendschule bewarb. Es half ihm, dorthin zu kommen, wo er heute ist und Arbeit ab liefert, die „mehr als ein Film“ ist, wie DOK-Leipzig-Festivalleiter Christoph Terhechte über „White Angel“ befand: „Ein Dokument der Menschlichkeit und der Sehnsucht nach Frieden.“ ■■■

Von Jürgen Kiontke



RÄTSEL

Beim Neubau seines Kaufhauses in Elberfeld spart Leonhard Tietz an nichts. Mit einer Idee, die aus Frankreich stammt, läutet der jüdische Kaufmann die goldene Ära der Warenkaufhäuser in Deutschland ein.

Von Guntram Doelfs

Als die Elberfelder zum ersten Mal im großen Lichthof des neuen Kaufhauses stehen, verschlägt es ihnen die Sprache. Der Konsumpalast, der im Jahr 1912 seine Türen öffnet, präsentiert sich im Inneren wie ein antiker Tempel, geschmückt mit Skulpturen, Marmormosaiken und Bronzen. Der Konsum wird zur neuen Religion erhoben und im pompösen bürgerlichen Geschmack der Kaiserzeit zelebriert. Der große Lichthof des Kaufhauses gibt den Blick auf die Stockwerke frei, in denen Waren jeder Art angeboten werden. Nur 17 Jahre zuvor hat der jüdische Kaufmann Leonhard Tietz in der damals noch selbstständigen Stadt Elberfeld, die später mit anderen Gemeinden zu Wuppertal vereinigt wird, das erste moderne Kaufhaus eröffnet. Doch der erste Bau ist zu klein geworden. So beauftragt Tietz mit Wilhelm Kreis einen der damals führenden deutschen Architekten mit einem prächtigen Neubau.

Der deutschnational eingestellte Wilhelm Kreis, der unterem anderem Bismarcktürme wie am Fließband baut, beschreibt den Grundgedanken für das 1912 eingeweihte Kaufhaus so: Das Zeitalter der kleinen, einzelnen Betriebe ist vorbei, alles strebt in einen Großbetrieb, der alle möglichen Waren unter einem Dach anbieten soll. In Frankreich sind solche Kaufpaläste schon Mode – sie denken letztlich nur die Idee der großen Gewerbe- und Industrieausstellungen neu und machen aus ihr ein

Einkaufserlebnis. Die Tietz-Warenhäuser, die von Toparchitekten wie Wilhelm Kreis oder, in Düsseldorf, von Joseph Maria Olbrich, einem der Stars des Wiener Jugendstils, entworfen werden, leisten einen bedeutenden Beitrag zur modernen Architektur. Riesige Fensterfronten und Glasdächer nutzen gezielt das Tageslicht zur Inszenierung der Ware. Kreis lässt sich zu der Schwärmerie hinreißen, sein Bau in Elberfeld sei das „bestbelichtete Kaufhaus in Deutschland“.

Der Tietz-Dynastie bescheren die Investitionen floriende Geschäfte. Doch spätestens mit der Machtübernahme der Nazis 1933 kündigt sich Unheil an. Tietz' Sohn Alfred Leonhard, unter dessen Ägide die Leonhard Tietz AG zu einem der großen Kaufhauskonzerne in Deutschland geworden ist, muss sein Kaufhausimperium für einen lächerlich geringen Preis an Banken verkaufen und emigrieren. Das Elberfelder Haus wird „arisiert“ und ein Teil der neu gegründeten Westdeutschen Kaufhof AG. Im Krieg teilweise zerstört, wird es mit einer modernen Fassadenseite wieder aufgebaut und später Teil der Galeria-Kaufhof-Kette. Das denkmalgeschützte Haus gerät nach der Jahrtausendwende in den Strudel der mehrfachen Galeria-Kaufhof-Insolvenzen.

Am 17. Januar 2024 ist das Schicksal für den einstmals berühmten Kaufpalast von Leonhard Tietz besiegt: Er schließt endgültig seine Pforten. ■

Rätselfragen

Leonhard Tietz startete seine Karriere in einer Küstenstadt. Wo eröffnete er 1879 sein erstes Geschäft?

Die Familie Tietz wurde nach dem Krieg für den Zwangsverkauf entschädigt. Wie hoch war die gezahlte Summe?

Anfang des Jahres 2024 meldete Galeria Karstadt Kaufhof zum dritten Mal Insolvenz an. Seit 2018 gehört das Unternehmen zur ebenfalls insolventen Sigma Holding. Wie heißt der umstrittene langjährige Chef von Sigma?

Alle richtigen Einsendungen, die **bis zum 11.03.2024** bei uns eingehen, nehmen an einer Auslosung teil.

Preise

1. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 100 Euro
- 2.–4. Preis: Gutschein der Büchergilde Gutenberg, Wert 50 Euro

Schicken Sie uns die Lösung:

Hans-Böckler-Stiftung
Redaktion Mitbestimmung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
E-Mail: redaktion@boeckler.de

Auflösung der Rätselfragen 6/2023

Rosa-Luxemburg-Platz
Siegfried Nestriepke
Chemnitz

Den 1. Preis hat Emily Trabitzsch aus Hamburg gewonnen. Je einen 50-Euro-Gutschein erhalten Johannes Raddatz aus Frankfurt, Franziska Oppermann aus Frankfurt und Janika Böhm aus Bochum.

BRIEFE, E-MAILS UND MEINUNGEN



ZUM PRO & CONTRA „MÜSSEN WIR MEHR GELD IN DEN SOZIALEN WOHNUNGSBAU STECKEN?“ IN AUSGABE 06/2023

Menschenwürdig wohnen

diskutierten auf Facebook:
Angelika Zöller:

„Geld wäre ja vorhanden, wenn unsere Ampelregierung nicht alles in die Welt hinauspusten würde. Doch ich befürchte, dass man den Mittelstand noch mehr abzockt, um dieses Vorhaben, falls es je kommt, zu finanzieren.“

Lothar Schnitzler:

„Es geht nicht um Effizienz, es geht nicht um Kapitalinteressen, es geht um das Recht auf eine menschenwürdige Wohnung.“

Maren Hahlbeck:

„Es gibt feste Mietobergrenzen. Mehr Wohngeld nützt nichts, wenn es im Preissegment der Mietobergrenzen keine Wohnungen mehr gibt. Oder sollen die Kommunen grenzenlos mit Steuergeld Luxuswohnungsmieten zahlen? Jahrzehntelang in der Nachkriegszeit hat sozialer Wohnungsbau prima funktioniert, und nur dahin muss man zurück, also öffentliche Träger und Gesellschaften.“

ZU „AUF DEN SCHULTERN DER SCHWACHEN“ ÜBER DIE ARBEITSBEDINGUNGEN IN DER PAKETBRANCHE IN AUSGABE 06/2023

Effizienz oder Rendite

Elke Jansen, DGB Region Süd-OstNiedersachsen, schreibt auf Instagram:

„Danke euch und allen Paket- und Postzusteller*innen! Um es mit Jan Böhmermann zu sagen: Es lebe das Versandproletariat!“

ZUM RÄTSELHAFTEN FUNDSTÜCK IN AUSGABE 06/2023

Buchempfehlung

Uwe Lammers, IST-Studieninstitut & IST-Hochschule für Management, Düsseldorf, schreibt: „Empfehle dazu mein Buch ‚Kultur als Standortfaktor‘.“



ZU „LUST AUF ERFOLG“ ÜBER DEN VERDI-BUNDESKONGRESS IN AUSGABE 05/2023

Lippenbekenntnis

Klaus-Dieter Schwettscher vom Verdi-Landesbezirk Hamburg schreibt per E-Mail:

„Im Magazin Mitbestimmung 5/2023, zitiert ihr Hubertus Heil und Olaf Scholz sinngemäß dahingehend, dass wir in Deutschland mehr Tarifverträge bräuchten, und sie suggerieren damit, dass dieses Ziel Handlungsauftrag der Bundesregierung sei. Aber handelt es sich hierbei nicht nur um ein Lippenbekenntnis?“

Die EU-Mindestlohnrichtlinie fordert Deutschland auf, bis 2025 einen umfassenden Aktionsplan vorzulegen, wie die Bundesregierung ermöglichen will, dass 80 Prozent der Beschäftigten wieder den Schutz von Tarifverträgen genießen können.

Davon ist Deutschland bekanntlich meilenweit entfernt. Die Tarifbindung ist auf 50 Prozent gesunken. Eine pure Verpflichtung von Bundesbehörden, bei Ausschreibungen Tariftreue einzufordern, wird daran kaum etwas ändern können.

Deshalb gibt es aus Verdi heraus die Initiative, mittels einer Petition die Bundesregierung aufzufordern, ein umfassendes Paket an Gesetzesänderungen auf den Weg zu bringen, das den Titel ‚Aktionsplan‘ zurecht trüge: www.innn.it/TarifeFuerAlle“

Und Ihre Meinung?

Sie haben sich so richtig geärgert über einen Beitrag oder fanden eine Reportage ganz toll? Schreiben Sie uns!
redaktion@boeckler.de

IMPRESSUM

Herausgeber: Hans-Böckler-Stiftung, Mitbestimmungs-, Forschungs- und Studienförderungswerk des DGB, Georg-Glock-Straße 18, 40474 Düsseldorf

Geschäftsführerin:
Claudia Bogedan

Redaktion:
Kay Meiners, Telefon: 0211/77 78-139
Fabienne Melzer (verantwortlich), Telefon: 0211/77 78-192

Konzeption des Titelthemas: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktion dieser Ausgabe: Kay Meiners, Fabienne Melzer

Redaktionsassistenz: Angelika Söhne, Eva Quenzel

Telefon: 0211/77 78-147

E-Mail: redaktion@boeckler.de

Projektmanagement/Grafik/Layout/Produktion/Lithographie:

Signum communication GmbH, Heidelberg,
Nadine Bernhardt, Oliver Weidmann, Jutta Stuhlmacher,
Anja Daum

Titelfotos: Thomas Range, Karla Schröder, Miguel Castro

Druck: Offset Company, Wuppertal

Verlag: Bund-Verlag GmbH, Postfach, 60424 Frankfurt/Main

Adressänderungen für Förderer:
foerderer@boeckler.de

Adressänderungen für Stipendiaten und Vertrauensdozenten:

Über das Extranet der Studienförderung

Leserservice für sonstige Bezieher und kostenfreie Einzelhefte:

Bund-Verlag GmbH

Telefon: 069/79 50 10-96

E-Mail: abodienste@bund-verlag.de

Datenschutz

Die zur Abwicklung des Abonnements erforderlichen Daten werden nach den Bestimmungen der EU-DSGVO und des BDSG verwaltet.

Sie erhalten von uns die gedruckte Ausgabe des Magazins Mitbestimmung. Die Printausgabe können Sie jederzeit abbestellen. Kontaktieren Sie uns dazu gerne telefonisch oder senden Sie uns eine E-Mail an redaktion@boeckler.de. Weitere Informationen gem. Art. 13 & 14 DSGVO zur Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten erhalten Sie unter: www.boeckler.de/datenschutz/DSGVO_Printmedien_Presse.pdf

Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Dies gilt auch für die Aufnahme in elektronische Datenbanken und Newsletter.

ISSN 0723 5984



BPC-165FF

IN DER NÄCHSTEN AUSGABE ...

Nr. 2 | April 2024

Europawahl

Rund 350 Millionen Menschen bestimmen am 9. Juni, wie sich das Europäische Parlament zukünftig zusammensetzt. Offene Grenzen und eine gemeinsame Währung sind Vorteile eines gemeinsamen Europas vor allem für Reisende. Doch Europa betrifft auch die Arbeitswelt. So hat die EU geregelt, dass die Mindestlöhne in allen Ländern armutsfest sein müssen. Der Europäische Gerichtshof hat mit seinem Urteil zur Arbeitszeiterfassung ausufernden Arbeitszeiten einen Riegel vorgeschnitten. Es gibt auch Kritik aus Sicht von Gewerkschaften, was die Rechte von Beschäftigten und soziale Mindeststandards angeht. Die EU-Politik muss an vielen Stellen besser werden. Gleichzeitig profitieren rechte Parteien von einer weit verbreiteten Unzufriedenheit und legen derzeit in den Umfragen zu. Was bedeutet das für die EU und vor allem für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer?

FEEDBACK

Gibt es in Ihrem Betrieb etwas, über das wir einmal berichten sollten? Etwas, das richtig gut läuft, oder etwas, über das Sie sich ärgern? Vermissten Sie ein Thema im Magazin?

Dann schreiben Sie uns oder rufen Sie uns an.



02 11/77 78-147
redaktion@boeckler.de
magazin-mitbestimmung.de



STADT- REINIGUNG WIENER PLATZ, 51065 KÖLN

Erginhan Özkaya (27) lebt mit seiner Frau in Köln-Dellbrück.

„Meistens bin ich als Kolonnenführer für die Stadtreinigung im Stadtbezirk Mülheim zuständig. Ich fahre den Kolonnenwagen und habe zwei oder drei Kollegen dabei, die gemeinsam die Straße säubern. Zu meinen Aufgaben gehört es auch, ringsherum die Mülleimer zu leeren. Es geht aber nicht immer darum, Abfall aufzusammeln und wegzuräumen. Kürzlich, beim Wintereinbruch im Januar, haben wir auch zum Beispiel den Schnee an den Bushaltestellen geräumt.“

Auch im Karneval gibt es immer viel zu tun. Ich freue mich jedes Jahr auf diese Zeit im Spätwinter. Ich selber feiere nicht mehr, aber es ist schön, die vielen gut gelaunten Gesichter zu sehen.

Am Ende eines großen Karnevalszugs fahren wir mit kleinen und großen Kehrmaschinen, Kolonnenwagen und Pressfahrzeugen eine ganz bestimmte Formation. Dabei führt ein Fahrzeug dem anderen Abfälle zu. Von oben sieht es aus, als würden die Fahrzeuge

zusammen tanzen. So räumen wir die Straßen in möglichst kurzer Zeit wieder sauber. Straßenreinigung ist auch Kopfsache, Taktik und Teamarbeit.

Ursprünglich habe ich eine Ausbildung bei den Abfallwirtschaftsbetrieben Köln gemacht und sogenannte fahrzeugbezogene Tätigkeiten gelernt. Dazu zählt unter anderem das Fahren mit einer Kehrmaschine oder einem Presswagen, den man vom Sperrmüll kennt.

Wenn man zum Feierabend eine Straße oder einen Platz gesäubert hat, ist das auch immer ein Erfolgserlebnis und eine Bestätigung. Überhaupt erhalten wir auch von den Bürgerinnen und Bürgern viel Anerkennung. Kürzlich, bei den großen Schneemengen, kamen viele auf uns zu und sagten: Danke, dass ihr das macht.

Mir gefällt es, draußen und im Team zu arbeiten. Auch deshalb mag ich meine Arbeit sehr. Ich bin froh, dass ich meiner Heimatstadt damit etwas zurückgeben kann.“ ■



EINLADUNG

16. Mai 2024, Berlin, Französischer Dom

WIE WEITER MIT DER SCHULDENBREMSE?

Mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Klima- und Transformationsfonds ist die Schuldenbremse erstmals seit ihrer Einführung kurzfristig bindend für die deutsche Finanzpolitik geworden. Die nun von der Bundesregierung verabschiedeten Ausgabenkürzungen und Abgabenerhöhungen dürfen dazu beitragen, dass die deutsche Wirtschaft auch 2024 stagniert oder sogar

leicht schrumpft. Die seit Jahren schwelende Debatte über den Sinn, die Gefahren und die Reformnotwendigkeit der Schuldenbremse ist wieder voll entbrannt. Hat die Schuldenbremse ausgedient? Welche Möglichkeiten der Reform gibt es? Sind die erforderlichen politischen Mehrheiten realisierbar? Das sind einige der zentralen Fragen, die wir auf dem IMK-Forum 2024 diskutieren wollen.



FAKTEN FÜR EINE DEMOKRATISCHE UND NACHHALTIGE WIRTSCHAFT

Im „Systemrelevant“ Podcast der Hans-Böckler-Stiftung liefern führende Forschende mit Moderator Marco Herack aktuelle Fakten für eine demokratische und nachhaltige Wirtschaft: Makroökonomie, Transformation und gerechte Arbeitsbedingungen – klar und verständlich.

Jetzt abonnieren – auf iTunes, Spotify und überall, wo es Podcasts gibt.